

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pränumerando:
Einzeltitel 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
über einen Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 25. Februar 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Niederlage der Italiener bei Durazzo.

Steuerdogmatik und Steuermöglichkeiten.

Von Heinrich Cunow.

II

Daß der Staat durch direkte Steuern den Unternehmern
einen Teil des Profits entzieht, also dessen Gewinn schmälert,
findet selbstverständlich auch mein Kritiker heraus (Die Sache
ist auch zu selbstverständlich, als daß jemand, der addieren und
subtrahieren kann, sie bestreiten könnte); aber, meint er, die
Kapitalanhäufung wird dadurch kaum oder doch nicht wesent-

„Da nämlich diese Klasse einen Teil des gewonnenen Pro-
fits für ihren Unterhalt verbraucht, wobei dieser Unterhalt im
Laufe der Zeit zu einer gewaltigen Entfaltung von Luxus ge-
führt hat, kann die Steuer zu einem immerhin wesentlichen Teile
aufgebracht werden auf Kosten dieses Luxuskonsums. Das würde
sogar sicher eintreten, denn der größte Teil der Kapital-

Betrachten wir diese Hypothese etwas näher. Ange-
nommen, der Unternehmer häufe tatsächlich in gleichem Maße
wie bisher Kapital an und gleiche seinen Gewinnausfall da-
durch aus, daß er seinen Bedarf an Luxusartikeln einschränkt,
so kann der Arbeiterclass auch dieses Verfahren keineswegs
gleich sein, denn die Abnahme des Konsums solcher Luxus-
waren hat natürlich auch eine Einschränkung der Produktion
und damit eine Verringerung der bisher in ihr beschäftigten
Arbeitskräfte zur Folge. Aber solche Einschränkung des
Luxus mag wohl in einzelnen Fällen stattfinden, im ganzen
wird einfach durch die Kapitalanhäufung oder wie es im ge-
wöhnlichen Leben heißt, die Kapitalaufsparung abnehmen -
vorausgesetzt natürlich, daß es den Unter-
nehmern nicht gelingt, auf andere Weise den
Rückgang ihres Gewinns wieder auszu-
gleichen, z. B. durch Preiserhöhungen der von ihnen fabri-

Die Ansicht, die Unternehmer fänden sich einfach, wenn
ihre Profite fällt, in ihr Schicksal und schränken, um nur ja
weitere Kapitalien anhäufen zu können, ihren Verbrauch ent-
sprechend ein, setzt ein Unternehmertum voraus, das es nie
gegeben hat, selbst nicht in den Anfängen der kapitalistischen
Produktion, am wenigsten aber heute. Schon Marx fertigt
diese Annahme, der Unternehmer habe nun einmal eine Spar-
samkeit und häufe in jedem Fall Kapital auf, mit den Worten
ab („Das Kapital“, I. Bd., 4. Aufl., S. 557):

„Während der kapitalistische Kapitalist den individuellen Konsum
als Grenze gegen seine Funktion und „Enthaltung“ von der
akkumulativen Brandmarkt, ist der modernisierte Kapitalist im-

In den historischen Anfängen der kapitalistischen Produktions-
weise - und jeder kapitalistische Parvenu macht dieses historische
Stadium individuell durch - herrschen Verzehrertrieb und
Geiz als absolute Leidenschaften vor. Aber der Fortschritt der
kapitalistischen Produktion schafft nicht nur eine Welt von Ge-
nüssen. Er öffnet mit der Spekulation und dem Kreditwesen
tausend Quellen plündernder Verzehrer. Auf einer gewissen Ent-
wickelungsstufe wird ein konventioneller Grob von Verschwendung,
die zugleich Schaukel des Reichtums und daher Kreditmittel
ist, sogar zu einer geschäftlich notwendigen Eigenschaft des
„unglücklichen Kapitalisten“. Der Luxus geht in die
Repräsentationskosten des Kapitals ein. Obgleich bereichert sich
der Kapitalist nicht, gleich dem Schachbildner, im Verhältnis seiner
persönlichen Arbeit und seines persönlichen Konsums, sondern im Maß,
worin er fremde Arbeitskraft ausfaßt und dem Arbeiter Entfaltung aller Lebensgenüsse auf-
zwingt.

Doch wenn man im Interesse des Fortschritts der kapi-
talistischen Entwicklung eine Hemmung der Kapitalakkumu-
lation durch übermäßige direkte Besteuerung des Kapital-
profits für schädlich hält, wie kann man dann für die Ver-
staatlichung bestimmter Industriezweige eintreten, da doch
dem Kapitalisten dieser Branchen in solchem Falle sogar je-
der bisherige Kapitalanhäufung abgeschnitten wird? Das
begreift mein Kritiker nicht. Seinem Gemüt erscheint solche
Forderung als ganz unfaßbarer Widerspruch, und erstaunt
fragt er:

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den
24. Februar 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Erfolg östlich der Maas wurde weiter ausgebaut.
Die Orte Vrabant, Haumont und Samogneux sind ge-
nommen, das gesamte Waldgebiet nordwestlich, nördlich und
nordöstlich von Beaumont, sowie das Herbebois sind in
unserer Hand.

Südlich von Metz wurde ein vorgeschobener fran-
zösischer Posten überrascht und in seiner Stärke von über
50 Mann gefangen abgeführt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front lebhaftere Artillerie-
kämpfe. An zahlreichen Stellen Patrouillengefächte. Keine
besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. Februar. (W. Z. V.) Amlich wird ver-
lautbart:

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen in Albanien haben gestern die Italiener
und ihren Bundesgenossen Erfolg bei Durazzo geschlagen. Am
Sonnabend bemächtigten sich unsere Bataillone - deren kleinere
Abteilungen den unteren Argen übersehten - der letzten feind-
lichen Verschanzung östlich von Vazar-Djak. Am Mittag wurde
die italienische Brigade Savona auch aus der stark ausgebauten
Hauptstellung östlich des eben genannten Ortes geworfen.

Gleichzeitig erklärte eine andere Kolonne die zehn Kilo-
meter südlich von Durazzo angelegten Verschanzungen von
Sasso-Bianco. Der Feind verließ seine Gräben zum Teil flucht-
artig und wich hinter den inneren Verteidigungsring.

Es wird verfolgt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

„Tritt denn aber nicht das gleiche ein, wenn
der Staat kapitalistische Betriebe verstaatlicht
und den ihnen bisher zufließenden Profit sich
aneignet? Die Kapitalisten, die z. B. am Versicherungsgeschäfte
beteiligt sind und dabei ein paar hundert Millionen Mark Profit
erzielen, haben bisher einen Teil dieses Profites zur Anhäufung
von neuem Kapital verwendet, dieses Kapital wurde bei Grün-
dung neuer oder Erweiterung bestehender Betriebsunterneh-
mungen angelegt. Wird dieser Teil des Gesamtprofites vom
Staat angeeignet, so wird nicht mehr akkumuliert, es entsteht
kein neues Kapital, weil diese Millionen vom Staat unproduktiv
verausgabt werden.“

Es ist also gehüpft wie gesprungen. In welcher Weise der
Staat einen Teil des Profites an sich bringt, ob auf dem Wege
der direkten Besteuerung der gesamten Kapitalistenklasse oder
auf dem Wege der Verstaatlichung bestimmter Gruppen kapitalisti-
scher Unternehmungen, so oder so wird die Anhäufung von Profit
und damit die Neubildung von Kapital eingeschränkt. Man kann
eben nicht die unproduktiven Ausgaben grenzenlos steigern, ohne
in der gegenwärtigen Gesellschaft den wirtschaftlichen Produktions-
prozess zu stören. Auch Cunow wird hier kein Zauberwort
finden.“

Gewiß, wenn ein Industriezweig, z. B. der Kohlenberg-
bau, völlig verstaatlicht wird, so können in ihm von den
früheren Zehnerbesitzern keine Unternehmerprofite mehr ge-
macht und daraus keine neuen Kapitalien mehr angesammelt
werden. Aber während bei einer Hemmung der Kapital-
akkumulation durch direkte Steuern die wirtschaftliche Ent-
wicklung zurückgehalten würde, wird sie es in solchem
Fall nicht, denn es besteht kein Grund, warum
nicht der Staat die Kohlenproduktion ent-
sprechend dem steigenden Bedarf ausdehnen
sollte! Zudem hindert auch niemand die enteigneten
Zehnerbesitzer, ihre Kapitalien nun in anderen privaten
Unternehmungen anzulegen und dadurch deren Ausdehnung
zu fördern.

Es tritt also keine Hemmung der wirt-
schaftlichen Entwicklung ein, sondern eher eine
Förderung. Das ist der erste Unterschied, den der Kritiker
des „Vorwärts“ übersehen. Zweitens aber entschwindet nach
der Verstaatlichung der Gewinn aus dem Vergewerksbetriebe
jeden Händen der Kapitalisten, aber er geht deshalb nicht
in Dunst auf, sondern fällt an den Staat, der ihn

teils zur Fortsetzung des Betriebes, teils zu anderen Staats-
zwecken benutzt, die sonst durch Steuern aufgebracht werden
müßten - auch von den Arbeitern. Sicherlich manche
dieser jetzigen Staatszwecke gefallen uns nicht, und wenn wir
Macht hätten, sie zu ändern, würde das geschehen. Diese Tat-
sache ändert aber nichts daran, daß nun einmal heute diese
Ausgaben bestehen und die Mittel zu ihrer Deckung, wenn nicht
auf diese, dann auf eine andere, den Arbeiter vielleicht noch
weit mehr belastende Weise beschafft werden müssen.

Uebrigens sind denn alle Zwecke und Ausgaben des
Staates nur unproduktiv? Gibt's keine anderen Zwecke?
Können z. B. die Einnahmen aus dem verstaatlichten Kohlen-
bergbau nicht auch wieder zur Vergrößerung und Verstaatlichung
staatlicher Betriebe verwendet werden? Und soweit sie nicht
direkt im Marx'schen Sinne produktiv angelegt werden, also
nicht zur Produktion von neuem Mehrwert, können sie doch
den Interessen der Bevölkerung dienen, wie z. B. Kanal-,
Brücken- und Straßenbauten, Einrichtung von Museen und
Lehranstalten, Unterhaltung von Krankenhäusern und hygieni-
schen Anstalten usw. Unbedingt muß man, wenn man solche
Zwecke will, doch auch wollen, daß dafür irgendwo die nötigen
Mittel beschafft werden. -

Wenn übrigens, wie der Artikelschreiber des „Vorwärts“
behauptet, es tatsächlich ganz gleich oder, wie er sich ausdrückt,
gehüpft wie gesprungen ist, ob der Staat den Profit durch
Besteuerung oder durch Verstaatlichung der Produktion „an
sich bringt“, ob er also den Profit der Kapitalistenklasse nur
besteuert oder ihn durch Verstaatlichung der im Privatbesitz
befindlichen Produktionsmittel zugunsten der Staatsgemein-
schaft aufhebt, dann wäre das das stärkste Ar-
gument gegen jede Verstaatlichung des pri-
vaten Eigentums an Produktionsmitteln.
Vielleicht ist die „Vorwärts“-Redaktion so konsequent und
stellt an den nächsten Parierstag den Antrag, das Partei-
programm im Sinne dieser ökonomischen Erkenntnis abzu-
ändern.

Weit genug ist ja die theoretische Verwirrung in unserer
Partei bereits gediehen. Das zeigt nichts Besseres als die Be-
hauptung meines verehrten Kritikers, daß gerade nach dem
Kriege die Gelegenheit zur Erhebung hoher Einkommen-
steuer besonders günstig sei; da das Einkommen der Kapital-
istenklasse infolge des Krieges stark gestiegen sei und die
Kriegsanleihen einen höheren Zinsfuß gewährten, als bisher
üblich. Nun weiß zwar jeder, daß einzelne Kategorien der
Kapitalisten während des Krieges enorme Profite „gemacht“
haben, die ihnen deshalb auch durch eine hohe Kriegsgewinn-
steuer möglichst wieder abgezwaht werden müssen, aber daß
die ganze Kapitalistenklasse ihr Einkommen gesteigert und sich
bereichert hat, ist eine so schöne neue Entdeckung, daß sie un-
bedingt prämiert werden sollte. Bis hierher hieß es immer, der
Krieg hätte ungeheure Kapitalien verschlungen und alle kriegs-
führenden Staaten viel kapitalärmer gemacht. Nach dem
„Vorwärts“ ist es gerade umgekehrt: der Krieg war ein
Mittel großer Kapitalvermehrung.

Ich bin nur neugierig, wie jene oppositionellen Theo-
retiker, die da behaupten, Deutschland wäre durch den Krieg
so geschwächt, daß es Jahrzehnte gebrauchen würde, das Ver-
lorene wieder einzuholen, ihre Ansicht mit dieser neuesten
Entdeckung des „Vorwärts“ in Einklang bringen werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. Februar. (W. Z. V.) Amlicher Bericht
von gestern nachmittag. Im Artois haben wir einige
Teile der Gräben im Gebiete des Waldes von Givenchy zurück-
erobert. In der Gegend nördlich von Verdun dauerte die feindliche
Beschießung, die kräftig von uns erwidert wurde, fort. Im Laufe
der Nacht entwickelten sich Infanteriegefechte auf einer Front von
ungefähr fünfzehn Kilometern. Der Kampf dauert heftig vom
rechten Maasufer bis südlich von Herbebois an. Wir haben das
Dorf Haumont, dessen Rand wir noch halten, nach einem harti-
näckigen Kampfe, in dem wir dem Feinde sehr erhebliche Verluste
beibrachten, geräumt. Östlich von diesem Orte gestattete uns
ein Gegenangriff, den größeren Teil des hier vorliegenden Waldes
von Caures, der gestern vom Feinde besetzt worden war, wiederzu-
nehmen. Nördlich von Beaumont wurde ein auf Herbebois ge-
richteter starker deutscher Angriff durch unser Sperrfeuer glatt
angehalten. Nach Aussagen von Gefangenen sind einige deutsche
Einheiten vollständig vernichtet worden. Während dieser Opera-
tionen langsamer und anhaltender beiderseitiger Artilleriekampf in
der Gegend von Haute Cherribes und Fromesoy. In Lothringen
in der Gegend von Romény zeigte sich unsere Artillerie ziemlich
tätig. Eine feindliche Erkundungsabteilung nördlich von Petreocourt
konnte unsere Linien nicht erreichen.

Paris, 24. Februar. (W. Z. V.) Amlicher Bericht
von Mittwoch abend. In Belgien hat das Beschießungsfeuer
unserer Artillerie mehrere Breschen in die deutschen Gräben vor
Steenstraete geschossen. Nördlich von der Aisne haben unsere
Batterien die deutschen Werke auf dem Plateau von Vauclez

gerichtet. In der Gegend nördlich von Verdun erweist sich der deutsche Angriff, wie vorausgesehen, als ein sehr bedeutender und mit großen Mitteln vorbereiteter. Der Kampf hat heute mit wachsender Heftigkeit fortgedauert; unsere Truppen hielten wacker Stand und brachten dem Feinde sehr beträchtliche Verluste bei. Die ununterbrochene Beschichtung mit Granaten groben Kalibers, die von unserer Artillerie mit gleicher Heftigkeit erwidert wurde, erstreckte sich auf eine Front von fast vierzig Kilometern, von Malancourt bis in die Gegend vor Etain. Die Tätigkeit der deutschen Infanterie in sehr großen Verbänden, die sich aus Truppen von sieben verschiedenen Armeekorps zusammensetzen, wurde im Laufe des Tages zwischen Verdun-sur-Meuse und Ornes fortgesetzt. Im Ausgange des Dorfes Hautmont konnte und der Feind trotz aller Anstrengungen nicht aus unseren Stellungen am Walde von Caures werfen, von denen wir noch den größten Teil besetzt halten. Unsere Gegenangriffe brachten die deutschen Angriffe östlich vom Walde von Caures zum Stehen. Nach einer Reihe von blutigen Angriffen konnten die Deutschen in den Wald von Vavrille eindringen. Nördlich von Ornes wurden Angriffe des Feindes auf unsere Linie bei Hebebold durch unsere Gegenangriffe angehalten. Keine Infanterietätigkeit auf dem linken Maaduser und zwischen Ornes und Fromezoy. Im Esch griff der Feind gestern gegen Ende des Tages unsere Stellungen südlich vom Walde von Carpach und südwestlich von Altkirch an. Ein sofortiger Gegenangriff warf sie aus dem größten Teil der vorgeschobenen Stellungen, in denen sie Fuß gefasst hatten, wieder hinaus.

Belgischer Bericht. Gegen Ende des Tages steigerte sich der Artilleriekampf, besonders in der Gegend von Dignuiden und weiter südlich. Der Kampf mit Bombenwerfern war besonders lebhaft bei dem Bahnhofsgebäude.

Die englische Meldung.

London, 23. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Heeresbericht. Einige Artillerietätigkeiten in der Nachbarschaft des Kanals von La Hague. Nördlich und östlich von Ypern richteten unsere Geschütze in der feindlichen Stellung beträchtlichen Schaden an. Auf unserer äußersten linken Seite besetzten wir einige Arbeitergruppen und im Handgranatenkampf um einen Kleinrichtiger verjagten wir die feindliche Abteilung.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 24. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 23. Februar. Westfront: Die Gegend von Riga—Friedrichstadt—Jalabtsch überflogen mehrere feindliche Flugzeuge und warfen Bomben ab. In der Gegend von Ieghli steigerten die Deutschen ihr heftiges Feuer. Zwei Zeppeline überflogen die Stellungen bei Dinaburg. Bei Jlygt lebt das beiderseitige Artilleriefeuer wieder auf, die Deutschen warfen Bomben schweren Kalibers. Im Laufe der Nacht beschloß der Feind heftig unsere Stellungen westlich vom Swentiansee und weiter südlich bis zum Mhensee.

Kaukasus: Die Verfolgung dauert an.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. Februar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht. Man meldet wirksame Tätigkeit unserer Artillerie in den Hochländern von Cordevole, Voits und Vidende. Im Abschnitt des Aen warf sich der Feind am 22. Februar morgens nach einer ausgiebigen Artillerievorbereitung und Bombenwürfen mit Nacht gegen unsere Stellungen an Aegli. Obwohl fast auf der ganzen Angriffsfront zurückgeworfen, konnte er doch in einem schmalen Teil unserer Linie gegen den rechten Flügel hindringen. Ein sofortiger Gegenangriff, der von der Artillerie unterstützt wurde, vertrieb ihn dann vollständig aus dem besetzten Schützengraben. Auf dem Karst herrschte die gewohnte Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 24. Februar. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: In der Front versuchte eine feindliche Abteilung in Stärke von etwa einem Bataillon sich unserer Stellungen bei Fehale zu nähern, wurde aber durch unser Feuer zum Rückzug gezwungen, und ließ zahlreiche Tote zurück. Unter den während des letzten Kampfes bei Fehale Gefallenen befinden sich sieben englische Offiziere. Neuerdings bemerken wir hiezu Soldaten der feindlichen Truppen, die im Verlaufe dieses Kampfes in die Umgegend geschickt waren.

An der Kaukasusfront dauern die Kämpfe ohne Unterbrechung fort.

Einige feindliche Kreuzer und Torpedoboote bombardierten in den Tagen vom 18. bis zum 22. Februar zeitweilig die Gesteine bei Sedd ul Bahr und Telle Durun. Sie hatten keinen Erfolg und unsere bei Rum Kale und Sedd ul Bahr aufgestellten Batterien zwangen sie, ohne daß sie ihr Feuer längere Zeit hätten fortsetzen können, zum Rückzuge. Feindliche Flugzeuge überflogen in den letzten Tagen die Dardanellen, wurden aber verjagt und von unseren Kampfflugzeugen verfolgt. Am 20. Februar beschloß ein feindlicher Kreuzer, der unter dem Schutze von Minensuchern in den Golf von Saros eingebunden war, mit Unterstützung von drei feindlichen Beobachtungsflugzeugen erfolglos die Küste bei Galata (Gallipoli). Eines unserer Kampfflugzeuge griff die feindlichen Flugzeuge an und trieb sie in die Flucht, worauf der Kreuzer sein Feuer einstellte und sich mit den Minensuchern entfernte.

Notenwechsel zwischen Griechenland und der Entente.

Frankfurt a. M., 24. Februar. (W. L. W.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet als Konstantinopel: Aus Athen wird amtlich gemeldet, daß Schindis die Antwort des griechischen Kabinetts auf die letzte Gesamtnote der Entente dem englischen Gesandten überreicht hat. Die griechische Regierung weist darauf hin, daß die für die Besetzung in Aussicht genommenen Punkte von keinerlei Nutzen für die Entente sein können, während ihre Besetzung Griechenland sowohl vom politischen als auch vom finanziellen Standpunkt in die schwierigste Lage bringe. Im Namen des Herberverbandes antwortete Sir Elliot, der Verband werde alles aufbieten, um die wirtschaftliche und finanzielle Lage Griechenlands nicht zu fördern. Die Entente wolle eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise Griechenlands gestatten und auch der griechischen Handelsflotte größeren Spielraum gewähren. Eine gemischte Truppenabteilung der Entente ist in Patras gelandet.

Allgemeine Musterung in Rumänien.

Bukarest, 24. Februar. (W. L. W.) Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß sich alle Männer von 21. bis zum 46. Lebensjahr, welche die rumänische Staatsbürgerschaft angenommen haben, zu der für den Rekrutenjahrgang 1918 festgesetzten Zeit zum Militärdienst zu melden

haben, gleichgültig, ob sie in ihrem Ursprungsland Militärdienst getan haben oder nicht. Ausgenommen hiervon sind diejenigen, die in die Liste der Militärpflichtigen bereits aufgenommen sind.

Teuerungs demonstration in Bukarest.

Bukarest, 24. Februar. (W. L. W.) Mehrere Tausend Personen aus den Arbeiterkreisen und ärmeren Bevölkerungsschichten der Hauptstadt zogen gestern vor das Bürgermeisteramt, um gegen die Teuerung der Lebensmittel Einspruch zu erheben. Der Polizeivorstehrer leitete einer Abordnung der Menge mit, daß der Kammer demnächst ein Gesetz vorgelegt werden solle, welches strenge Bestrafung des Wuchers mit Lebensmitteln, das Recht der Behörden zur Beschlagnahme von Lebensmitteln sowie die Verpfändung des Veräußerers, den Warenbestand jeweils genau anzugeben, festlegen wird. Nach einer friedlichen Kundgebung in den Straßen zerstreute sich die Menge.

Neue Kapererefolge der „Möwe“?

Madrid, 24. Februar. (W. L. W.) Amtlich wird gemeldet: In Santa Cruz (Teneriffa) ging das englische Schiff „Westburn“ (3300 Tonnen) unter deutscher Flagge vor Anker, um seine Schäden auszubessern. Die Besatzung besteht aus sieben Mann, von denen einer eine Mücke mit der Aufschrift S. M. S. Möwe (Möwe?) trägt. „Westburn“ brachte 208 Gefangene der englischen Schiffe „Horace“ (3335 Tonnen), „Clan Macabish“, „Edinburgh“ (Lloyds Register enthält nur „Edinburgh Castle“ 13326 Tonnen), „Cambridge“ (1259 Tonnen) und „Flamenco“ (4540 Tonnen) sowie des belgischen Schiffes „Luxemburg“ (4322 Tonnen) und 11 spanische Matrosen mit.

London, 23. Februar. (W. L. W.) „Lloyds“ meldet aus Teneriffa: Der britische Dampfer „Westburn“ wurde von der deutschen Preisensbesatzung aus dem Hafen gefloht und versenkt.

Ergebnis der Luftangriffe in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2.

Amtlich. Berlin, 24. Februar. (W. L. W.) Von zünftiger Stelle erfahren wir über das Ergebnis des Luftangriffs in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1918 das Folgende:

1. Liverpool.

Hauptziele des Angriffs waren die Docks, Hafen- und Fabrikanlagen. Die Wirkung der Bomben war gut; während der Nachsicht der Schiffe war noch weithin ein mächtiger Brand sichtbar.

Eine Reihe von Erdens- und Gasanlagen wurde so schwer beschädigt, daß sie vorläufig nicht mehr benutzbar sind. Es soll auch eine Anzahl von Schiffen auf dem Werke schwer getroffen sein, u. a. ein unterhalb Birkenhead liegender Kreuzer und ein Transportschiff der Lehland-Linie. Eine Stallung mit 200 Pferden wurde durch Feuer zerstört; die Pferde und die kanadischen Wachmannschaften sollen dabei umgekommen sein. In Birkenhead, Garston und Bootle ist großer Schaden angerichtet worden. Booth Line und Newbold Linie sind durch die teilweise Zerstörung ihrer Dockanlagen schwer beschädigt. Drei Schiffe wurden sehr mitgenommen. Die angrenzenden Trockenböden und Maschinenfabriken sowie die „Birkenhead Drydock, Engine u. Boiler Works“ wurden vollkommen zerstört. Im ganzen wurden über 200 Häuser durch Bomben oder Brand zerstört. An der Werke-Mündung (in Bootle) wurde eine Pulverfabrik völlig zerstört. In Crewe, südlich von Liverpool, sind die Bahnanlagen stark beschädigt, wodurch der Verkehr mit London unterbrochen wurde. Militärlager sollen dort in Brand gesetzt worden sein.

2. Manchester.

Angriffsziel waren in erster Linie die Hochöfenwerke, die mit gutem Erfolge mit Bomben belegt wurden.

Zwei Hochöfenwerke und zwei größere Fabriken (Eisenwerke) wurden völlig zerstört. Eine Reihe anderer Fabrikanlagen hat beträchtlichen Schaden erlitten.

3. Sheffield.

In Säden der Stadt wurden zwei Hochöfen beworfen, von denen der eine zum großen Teil zerstört wurde. Ferner wurden mehrere große Industrieanlagen und der Bahnhof mit Bomben belegt. Außerdem sollen zwei Schuppen, die militärischen Zwecken dienen, zerstört sein. Starke Brände wurden nach dem Angriff noch lange Zeit beobachtet.

4. Nottingham.

Angriffe wurden ausgeführt auf große Fabrikanlagen und Hochöfen, wobei sehr gute Wirkung beobachtet wurde. Ferner auf eine Batterie, die, nachdem sie unsere Luftschiffe wirkungslos beschossen hatte, zum Schweigen gebracht wurde.

Eine Munitionsfabrik und mehrere Fabrikanlagen wurden stark beschädigt. Desfalls von Nottingham bei Grantham wurden die Bahnanlagen zerstört, so daß der Betrieb mehrere Tage unterbrochen werden mußte.

Der bei weitem größte Schaden ist in Sheffield und Nottingham angerichtet worden: Londoner Versicherungsgesellschaften schätzen denselben auf 400 000 Pfund Sterling.

5. Birmingham.

Zwei große Regierungswerke und zwei Munitionsfabriken sind völlig zerstört, eine Drahterei beschädigt.

Großer Schaden wurde überhaupt in Staffordshire, Shropshire, Leeshire, Leicestershire, Lincolnshire und Yorkshire angerichtet. — In Ecclehill bei Bradford wurden eine Munitionsfabrik und drei Spinnereien, in Partington wurden durch eine Bombe 22 Häuser zerstört.

6. Humber.

Eine Batterie, die ihr Feuer ohne Ergebnis auf eines unserer Luftschiffe richtete, wurde angegriffen und zum Schweigen gebracht. Geschütze und Scheinwerfer der Batterie wurden zerstört. Ferner wurden auf eine Anzahl von Industrieanlagen am Humber, sowie auf ein Hochöfenwerk mit ausgedehnten Anlagen Bomben geworfen. Überall wurden gute Erfolge beobachtet.

In Grimsby wurden die Kais, Werften und Lagerhäuser zum Teil schwer beschädigt, ebenso mehrere Fracht- und Fischdampfer. Ein Heu- und Stroblager ist niedergebrennt, wodurch beträchtlicher Schaden entstanden ist. Zwischen Hedon und Salt Enden (unterhalb Hull) wurde ein Pulvermagazin zerstört. In der Nähe von Hull ist eine Eisengießerei schwer beschädigt. In Hull selbst sollen die Versicherungen sehr groß gewesen sein und denen in Sheffield und Nottingham nahezu gleichkommen. In der Kingsstreet ist ein Häuserblock gänzlich zerstört. Die Gas- und Gasanlagen haben derart gelitten, daß große Schwierigkeiten in den Betrieben entstanden sind. Mehrere in den Docks liegende Handelsschiffe sollen beschädigt sein. Oberhalb Goole wurde ein Hochöfen schwer beschädigt. Ferner sind auf dem Humber der kleine Kreuzer „Caroline“ und die Zerstörer „Eden“ und „Rith“ versenkt worden. Der kleine Kreuzer „Caroline“ ging in sechs Minuten unter. 31 Mann der Besatzung wurden getötet, 58 verwundet und 47 ertranken.

7. Great Garmouth.

Eine Fabrik und verschiedene Industrieanlagen wurden mit Bomben belegt, wobei gute Wirkung beobachtet wurde.

Ferner wurde an der englischen Ostküste noch eine Batterie zum Schweigen gebracht.

An der Ostküste Englands ist weiterhin der englische Dampfer „Kana Fisher“ von einem Luftschiffe vertrieben worden.

Die moralische Wirkung der Angriffe scheint sehr stark gewesen zu sein. Bestätigt wird dies indirekt durch die englische

Presse, die über die bisher wirkungslosen Abwehrmaßnahmen klagt, und die die Forderungen des englischen Bismarck nach Luftabwehrgeschützen und Flugzeugen lebhaft unterstützt. Der Finanzausschuß der Liverpool Corporation hat beschlossen, alle in ihrem Besitz befindlichen öffentlichen Gebäude der Stadt gegen Schäden durch Luftangriffe zu versichern. Der gesamte Betrag dieser Versicherungen durch lokale Gesellschaften soll etwa 3 000 000 Pfund Sterling betragen.

Amerika und der U-Bootkrieg.

London, 24. Februar. (W. L. W.) „Morning Post“ meldet aus Washington, daß die deutschfreundlichen Gruppen im Senat und Repräsentantenhaus beabsichtigen, Anträge einzubringen, die, wenn sie angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet werden, die Amerikaner gesetzlich verhindern würden, Risse für Reisen auf bewaffneten Passagierdampfern zu erlauben. Ferner würde dadurch die Auslieferung solcher Schiffe verboten werden. Es ist zweifelhaft, ob ein derartiger Antrag im Kongreß durchgehen würde. Wilson hat die Absicht geäußert, in einem solchen Falle sein Veto einzulegen. Dadurch wollen sich die deutschfreundlichen Gruppen jedoch nicht abhalten lassen, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, und in der Hoffnung, einer solchen Debatte zuvorzukommen, erklärte der Präsident am Montag, entschlossen zu sein, sich für die Freiheit der Meere einzusetzen, indem er das Recht der Amerikaner geltend macht, auf den von ihnen gewählten Schiffen zu reisen, und die Forderung aufstellt, daß ein Schiff, welches Kanonen zur Verteidigung führt, nicht ohne Warnung torpediert werden darf.

Kriegszieldebatte im Unterhaus.

Amsterdam, 24. Februar. (W. L. W.) Ein heftiges Blatt berichtet aus London über die gestrige Unterhausdebatte: Der Arbeiterparteieller Snowden sagte, daß England aus ungenügenden Motiven sich am Krieg beteiligt habe, und daß die Sache der Alliierten gerecht sei. Das ganze britische Volk wünsche einen befriedigenden Ausgang. Ein solcher Ausgang und ein dauernder Friede könne aber nur durch Verhandlungen, nicht durch eine Fortsetzung des Krieges erreicht werden. Snowden führte den russischen Schriftsteller Bloch an, der vorausgesetzt habe, daß der moderne Krieg niemals auf dem Schlachtfelde entschieden werden könne. Er glaube nicht an einen militärischen Sieg, der übrigens nur zu einem neuen Kriege führen würde. Snowden äußerte die Überzeugung, daß die Zeit für Friedensunterhandlungen gekommen sei; er berief sich ferner auf eine Erklärung Longuevis, daß Frankreich den Krieg nicht werde durchhalten können. Zum Schluß forderte er die Regierung auf, ihre Friedensbedingungen kundzugeben. Trevelyan (Liberal) gab zu, daß die deutsche Militärpartei offen sage, daß sie Belgien und einen Teil Frankreichs behalten wolle. Er sei überzeugt, daß ein Friede nur möglich sei, wenn Deutschland Belgien herausgibt und seine herausfordernde Haltung ändere. Aber auch die Alliierten dürften nicht auf Eroberungen ausgehen.

London, 23. Februar. (W. L. W.) Unterhaus. Asquith erwiderte auf Reden Snowdens und des früheren Ministers Trevelyan, der beim Ausbruch des Krieges sein Amt niedergelegt hatte, über die Voraussetzungen, unter denen es möglich wäre, den Krieg unter Erreichung des Kriegszieles der Alliierten zu beendigen. Asquith erklärte, es freue ihn, daß das Haus diesen Reden mit Geduld zugehört habe. Die beiden Mitglieder hätten sicherlich nicht für die demokratische öffentliche Meinung gesprochen. (Beifall.) Er bezweifle sogar, daß sie auch nur für ihre Wahlkreise gesprochen hätten. Snowdens Eingeständnis, daß man in England einig sei und bleiben werde in der Forderung, daß die Friedensbedingungen die Erreichung der Ziele Englands dauernd sicherstellen müßten, heiße er gut. Es herrsche völlige Einigkeit im Lande. (Beifall.) Der eigentliche Inhalt der Rede Snowdens sei, daß in Deutschland ein wahrhafter Wunsch nach Frieden bestehe. Worauf stütze sich nun diese Voraussetzung? Da sei die jüngste Debatte im Reichstag und die Rede des Kanzlers, der gesagt zu haben scheine, er sei durchaus gewillt, eine Annäherung von anderer Seite willkommen zu heißen. Jedermann würde bereit sein, Annäherungen von anderer Seite willkommen zu heißen, aber der Kanzler habe nicht angedeutet, daß er bereit sei, die Initiative zu ergreifen, und da er seine Erklärung dadurch ergänzt zu haben scheine, daß er den Abgeordneten sagte, Deutschland habe sich nicht als Feind aller Nationen erweisen (jenes Deutschland, das Belgien vernichtet und verwüstet und sein Vesteis getan habe, auch Serbien, Montenegro und Polen zu vernichten und verwüsten), so könne eine solche Erklärung in solchem Zusammenhang nur als eine gewaltige schamlose Kühnheit bezeichnet werden. Ja würde, fuhr Asquith fort, den imaginären Friedensbedingungen des Kanzlers mehr Gewicht belegen, wenn ihre Sprache auf Gründen beruhte, die nicht von so durchsichtiger Heuchelei und Unlogik seien. Es ist wahr, daß einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sehr mutig eine höchst unvollständige Stellung angeklagt einer großen Verwirrung behauptet haben. Aber was ist dabei erreicht worden, wenn bei einer entscheidenden Abstimmung von einer Partei von 110 Mitgliedern nur 20 überredet werden konnten, gegen den Kriegskredit zu stimmen? Ich will jetzt der Sache auf den Grund gehen. Trevelyan hat gefragt, warum ich die Friedensbedingungen nicht mitteile. In Verantwortung dieser Frage beendete Asquith seine Rede mit einem Schlüsselwort, welches das Haus, das den Reden Snowdens und Trevelyan mit eifrigem Schweigen zugehört hatte, in tiefste Erregung versetzte. Asquith sagte: Ich habe in klaren, direkten, verständlichen und gewichtigen Worten die Bedingungen mitgeteilt, unter denen wir in England gewillt sind, Frieden zu schließen. Ich will sie heute wiederholen. Unsere Alliierten sind mit ihnen vertraut und dem deutschen Reichskanzler sind sie wohl bekannt. Was ich am 9. November 1914 gesagt habe, wiederhole ich jetzt: Wir werden niemals das Schwert, das wir nicht leicht gezogen haben, in die Scheide stecken, bis Belgien (und ich will hinzufügen, Serbien) (Anhaltender Beifall), in vollem Maße alles und mehr als alles, das sie geopfert haben, wieder erlangen, bis Frankreich aus reichend gegen einen Angriff gesichert ist, bis die Rechte der kleineren Nationen Europas auf eine unangreifbare Grundlage gestellt sind und bis die Militärherrschaft Preußens gänzlich und endgültig vernichtet ist. Was fehlt hierbei noch an Klarheit und Deutlichkeit? Ich frage Trevelyan und den deutschen Kanzler, wie ich es noch verständlicher machen soll und was ich noch mehr tun soll, um ihn und alle unsere Feinde zu überzeugen, daß erst, wenn ein Friede auf diesen Grundlagen in Sicht und zu erreichen ist und nicht eher wir oder einer unserer tapferen Alliierten auch nur ein Jota davon ablassen werden, diesen Krieg weiter zu führen. (Stürmischer Beifall.)

Die sogenannte Friedensdebatte nahm im Unterhause ein schönes Ende. Die anderen Mitglieder der Arbeiterpartei gingen auf Snowdens Initiative nicht ein. Der Arbeiterparteieller Welsh erklärte, es sei Sache der Angreifer, die ersten Anerbietungen zu

machen. Warum sollte England einem Lande, welches jeden Vertrag gebrochen und viele Gewalttätigkeiten begangen habe, entgegenkommen, bevor Deutschland seine Missetaten eingestanden habe? Es sei verfrüht, von Friedensbedingungen zu sprechen. Der Arbeiterparteileiter Stanton protestierte ernstlich gegen Snowdens Haltung. Er versicherte dem Hause, daß 95 Proz. der Arbeiter der Regierung gegenüber loyal seien. Die Debatte schloß dann und das Haus nahm das Budget in zweiter Lesung an.

So bemerkenswert und erfreulich die Ausführungen Snowdens und Trevelynans (des ehemaligen Unterzivilminister) sind, von so großer Verkommenheit der Tatsachen und so törichter Ueberhebung zeugen die Worte von Asquith. Schon die — nach dem obigen Bericht — von dem englischen Premierminister angeschlagene rüde Tonart stößt unangenehm vor dem sonst meist bei englischen Ministerreden üblichen sachlichen Ton ab. Aber vielleicht glaubte Asquith gerade diesen unheimlichen Ton ansetzen zu müssen, um den Einbruch der verständigen und sympathischen Worte des sozialistischen und des Liberalen Redners abzuschwächen. Ob das mit solchen Mitteln gelingen wird, erscheint mehr als zweifelhaft.

Arbeiterverfolgungen und Arbeitskämpfe in England.

Auch in England verstehen die Behörden den Kampf gegen unheimliche Elemente in der Arbeiterschaft. Die zeitweilige Unterdrückung des in Glasgow erscheinenden Arbeiterblattes „Forward“ und die vollständige des „Gangward“ ist bekannt. Anfang Februar kam nun die Sache des „Worler“ (Arbeiter) vor Gericht. Der „Worler“ war von einer Anzahl Arbeiterführern herausgegeben worden und sollte einen Ersatz für „Gangward“ und „Forward“ bieten. Das Blatt erlebte jedoch nur vier Nummern. Die gesamte Auflage der fünften wurde beschlagnahmt und am 7. Februar wurden der Herausgeber J. W. Muir, sowie der Hauptmitarbeiter Wm. Gallacher und der Geschäftsführer der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ verhaftet. Am folgenden Tage erschienen sie vor dem Polizeigerichtshof. Die Anklage behauptet, daß die Verhafteten verlockt hätten, Aufruhr, Unfrieden und Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu erregen und die Produktion von Kriegsmaterial zu verhindern, verzögern und einschränken, durch Herbeiführung, Drucklegung und Veröffentlichung und Verbreitung einer Zeitung, betitelt „The Worler“ unter den Arbeitern in und um Glasgow.

Die Verhandlungen waren nicht öffentlich. Da keiner der Männer eine Erklärung abgab, wurden sie wieder ins Gefängnis gebracht. Der Richter verweigerte die Strafenlosigkeit gegen Unzufriedenheit, da die Krone ihrem Vertreter Instruktionen gegeben habe, gegen Bürgerhaft zu opponieren.

Die Angeklagten Muir und Gallacher gehörten zu den heftigsten Gegnern von Lloyd George bei seinen Weisheitsreden in Glasgow. Muir hatte die Sache des Clyde-Arbeiterkomitees gegenüber Lloyd George vertreten. Gallacher ist einer der stärksten „Rebell“ am Clyde. Er hat sich besonders in der Bewegung vom vergangenen Februar betätigt, gehört zu den Gründern des Clyde-Arbeiterkomitees und ist der Vorsitzende dieser Organisation. Walter Bell ist Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei und Geschäftsführer der Druckerei, wo der „Worler“ gedruckt wurde.

Die Nachricht von der Verhaftung wurde in der Presse nicht bekanntgegeben, aber einige Voten brachten sie zu verschiedenen Verfassungen. Der Erfolg war, daß mehrere Tausend Arbeiter vor dem Gericht erschienen und demonstrierten. Die Menge wurde später von Arbeitern aus den Außenbezirken verstärkt, aus allen Gegenden der Munitionsfabriken kamen sie herbei. Als die Männer von den Instruktionen der Krone hörten, beschloßen sie, sofort ein Komitee einzusetzen mit der Aufgabe, die Vertretung der Arbeiter und das Recht zur Veröffentlichung der Zeitung zu erwirken. Dem Verlaufe der Regierung, das Arbeiterkomitee zu vernichten, sollte sofort entgegengehandelt werden.

Die Demonstration hatte den gewünschten Erfolg. Wenige Stunden später waren die Inhaftierten gegen 50 Pfund Sterling Bürgerhaft für jeden auf freien Fuß gesetzt. „Labour Leader“ sagt, daß selbst bürgerliche Kreise der Meinung seien, daß die Behörden nicht klug daran getan hätten, „den eiserernen Sporen“ so offen anzuwenden.

Noch eine andere Verhaftung wurde vorgenommen. John McLean wurde verhaftet auf Verlangen der militärischen Autoritäten, unter dem Befehl über den Verlagerungszustand infolge einer Rede vor Munitionarbeitern, die einige Wochen vorher stattgefunden hatte. „Labour Leader“ tabelt, daß McLean den Militär überlieferen sei. Er habe Anspruch auf bürgerliches Gericht, und das Blatt fordert die Arbeiter auf, dafür zu sorgen, daß diesem Anspruch genüge getan werde.

Wie man sieht, hat England gelernt, und leider muß man sagen, daß die Mehrheit der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterpartei durch ihr Verhalten der Regierung erst Mut zu solchem Vorgehen gemacht hat. — Trotz aller Verfolgungen aber sind die Männer am Clyde fest entschlossen, weiter gegen das Dienstpflichtgesetz zu arbeiten. Eine ganze Anzahl junger Leute weigert sich nach wie vor, Waffen zu tragen, und wartet gelassen den Tag ab, an dem sie aufgerufen werden. Sie wollen lieber ins Gefängnis wandern als der verhassten Dienstpflicht nachkommen, und sie trösten sich damit, daß sie den Willen zur Freiheit um so lebendiger empfinden werden, wenn man sie um ihrer Ueberzeugung willen der Freiheit beraube.

Das System der „Arbeitsüberwässerung“, das heißt die Durchsetzung der gelehrten Arbeiter in den Munitionsfabriken mit ungelehrten und weltlichen Kräften, suchen die organisierten Arbeiter zu gänzlich wie möglich zu gestalten. David Kirkwood, der Arbeiterführer von Forthhead Forge, hat erreicht, daß in diesen Betrieben von ihm ausgeübte Bedingungen erfüllt werden, die den Arbeitern so viel als möglich die bestehenden Löhne und andere wertvolle Eigenschaften eines langjährigen Kampfes sichern. Das Clyde-Arbeiterkomitee hat ein Schema für alle Munitionsfabriken unter staatlicher Aufsicht ausgearbeitet, das jetzt in einzelnen Werksstättenversammlungen besprochen wird. Das letzte Prinzip der Bedingungen ist: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Ausbildung.

Wegen dieses Prinzips feierten in Johnstone die Arbeiter fünf Tage und nahmen die Arbeit erst wieder auf, als ihnen die Erfüllung zugesichert wurde. Die staatlichen Kommissionsäre wollten nichts von der gleichen Bezahlung der Frauen wissen. Sie führten einige Arbeiterinnen in die Fabriken, ohne sich um die Forderungen der Männer zu kümmern, und erzielten den Erfolg, daß diese die Arbeit fünf Tage lang niederlegten.

Die englische Regierung muß sich mit der Tatsache vertraut machen, daß die Arbeiter — mag ihre Vertretung im Parlament so regierungstreu sein wie immer — doch nicht geneigt sind, ihre Rechte aufzugeben. Sie wissen, daß sie in ihrer Geschlossenheit die Stärkeren sind. Die Frage ist nur, ob die organisierten Arbeiter auch der neu hinzutretenden ganz sicher sein können. Die Organisierung, die ja eine der von der Arbeiterschaft aufgestellten Bedingungen bildet, allein tut es nicht. Die Arbeiter müssen auch den Willen haben, die Forderungen ihrer Klasse durchzusetzen, müssen bereit sein, für sie Opfer zu bringen und von Kampfesfreude für ihre Klasse getragen sein.

Ein Phantasie-Interview mit Kautsky und Bernstein.

Die Pariser „Bataille“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 17. Februar Mitteilungen über Interviews, die ein Vertreter des New Yorker „Outlook“ mit Karl Liebknecht sowie mit den beiden Unterzeichnern gehabt haben will. Wie sich's mit dem Liebknecht'schen Interview verhält, wissen wir nicht.

Ueber uns beide teilt der Mann des „Outlook“ mit, er habe uns gemeinsam befragt. Kautsky hätte erklärt, wir seien zwar entschieden gegen jeden Eroberungskrieg, könnten aber nichts tun, nicht einmal gegen die Annexion Belgiens protestieren. Bernstein habe das bestätigt und hinzugefügt, auch im Reichstag lasse sich nichts tun, denn die Regierung sei allmächtig.

Darauf wandle sich der Amerikaner wieder an Kautsky mit der Frage: „Sie werden also nichts tun, solange der Friede nicht geschlossen ist?“ Worauf Kautsky wiederholte: „Wir können nichts tun, wir sind ein Generalstab ohne Arme.“

Diese ganzen famosen „Entwühlungen“ erledigen sich einfach dadurch, daß wir den Vertreter des „Outlook“ nie gesehen, aber auch sonst niemand anderem gegenüber uns in dieser Weise ausgebrütet haben, die uns das Gegenteil dessen sagen läßt, was wir für richtig und notwendig halten.

Es ist das eine der vielen Lügen der Kriegsjournalisten, die dadurch gefährlich werden, daß sie dazu dienen, die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder gegeneinander zu verhetzen und das Wiederaufleben der „Internationalen“ zu vereiteln.

Merkwürdig, wenn die „Bataille“ ein „Interview“ eines ungenannten Berichterstatters dazu benutzt, ohne weiteres die deutsche Sozialdemokratie samt ihrer Minderheit herabzusetzen, so kann sie sich für dieses Vorgehen darauf berufen, daß unser Chemnitzer Parteiorgan und ihm folgend Genosse Scheibemann in jüngster Zeit angelegliche Aeußerungen des französischen Ministers Sembat an die große Glocke hängen, die nicht in der Öffentlichkeit gefallen sind, für die kein Ohrenzeuge die Gewähr übernimmt und die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit auf der Stirn tragen. Sembat soll nämlich im September 1915 gesagt haben: „Wenn die deutsche Sozialdemokratie ihre Politik beibehält, müssen wir sehen, sobald wie möglich den Krieg zu beenden.“ Zwei Monate später, als das Anwachsen der Opposition in Frankreich bekannt wurde, hat Sembat dagegen erklärt: „In Deutschland geht die Einigkeit in die Brüche — nun müssen wir den Krieg in die Länge ziehen.“

Diese Sembat nachgefolgten Aeußerungen wurden von der „Humanität“ wiederholt als lächerliche Erfindungen gekennzeichnet. Sie zu polemischen Zwecken auszuhebeln, steht sicher nicht höher wie das gleiche Verfahren mit den im „Outlook“ und untergeschobenen Aussprüchen. (E. Bernstein, K. Kautsky.)

Aussichtslosigkeit eines Wirtschaftskrieges.

Die Ergebnisse eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland würden, wie Arthur Chadwell im Februarheft des „Nineteenth Century“ weiter ausführt, beträchtlich hinter den gehegten Erwartungen zurückbleiben. Ein Wirtschaftskrieg würde Deutschland zweifellos treffen, aber England nicht minder, und zum großen Teil würde er überhaupt ein Schlag ins Wasser sein. „Wir würden unsere Waren dort, und die Deutschen würden ihre Waren hier verkaufen, beide nur unter größeren Schwierigkeiten als zuvor. Diese Waren würden ge- und verkauft werden lediglich, weil es Leute gibt, die das so haben wollen, und daran kann sie niemand hindern. Selbst während des Krieges haben unsere Waren den Weg nach Deutschland und deutsche Waren den Weg zu uns gefunden, und wenn das nicht unter den drastischen Maßregeln der Regierung zu verhindern war, wie in aller Welt soll man es im Frieden hindern? Der Patriotismus allein genügt nicht, denn die Waren kommen durch neutrale Länder. Wenn den Kunden das, was sie brauchen, zu dem gewünschten Preise von dem Verkäufer angeboten wird, der sich ebenso wenig darum kümmert, wozu die Waren geben als darum, woher sie kommen, so ist der Patriotismus im Augenblick verschwunden. Besonders die Frauen können nicht widerstehen, und sie kaufen am meisten.“

Die Hauptwirkung aber des Wirtschaftskrieges würde selbst bei glücklichem Verlaufe die sein, beide Seiten auf neue Gebiete hinzustößen, und diese würden natürlicherweise schwieriger zu bearbeiten sein als die alten.

Wer mit Jungansetzlichkeit von einem Wirtschaftskrieg spricht, hat keine Ahnung von den Folgen. Angespanntere Arbeit, längere Arbeitszeit, geringerer Gewinn, niedrigere Löhne, weniger Vergnügen auf allen Gebieten! Sind die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei uns derartig, daß sie den Druck dieser Forderungen aushalten könnten? Wir werden auf alle Fälle von Glück sagen können, wenn wir nach diesem Kriege dem industriellen Kriege im eigenen Lande entgehen. Die zur erfolgreichen Führung des Wirtschaftskrieges notwendigen Veränderungen würden diesen industriellen Krieg tatsächlich unermesslich machen. Man vergewissere sich doch nur, daß die Kriegsteuern nach in Kraft bleiben müssen, ohne daß wir unsere Rüstungen zu Lande und zur See verringern dürfen.

Und zu welchem Zweck sollte man diesen Wirtschaftskrieg führen? Früher oder später wird er in einen wirklichen Krieg übergehen. Einige verlassen sich in dieser Hinsicht auf „Garantien“. Aber wer will diese erzwingen? Alle Nationen versuchen jetzt, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bringen. Gelingt ihnen das jetzt nicht, so wird es auch später nicht gelingen. Will man wirklich Erfolg haben, so muß man einem Wirtschaftskrieg vorbeugen, indem man dem Weltkrieg ein Ende macht. (z)

Die Umwerbung der Duma.

Die Eröffnung der neuen Dumasession, die ein besonders theatralisches Gepräge trug, erhielt noch dadurch eine eigenartige Note, daß der Jar zum erstenmal anwesend war und sich an die Abgeordneten mit folgender Ansprache wendete:

„Ich habe die Freude gehabt, gleichzeitig mit Ihnen Dankgebete an Gott zu richten für den ruhmreichen Sieg, den er unserem lieben Vaterland, unserer tapferen Kaufsarmee hat zuteil werden lassen. Ich bin glücklich, mich unter Ihnen zu befinden, unter meinem treuen Volke, dessen Vertreter Sie sind. Ich rufe den Segen Gottes auf Ihre kommenden Arbeiten, besonders in dieser so schweren Zeit herab. Ich glaube fest, daß Sie alle und jeder einzelne unter Ihnen in der Arbeit, deren Verantwortung Sie vor dem Vaterland und vor mir tragen, seine ganze Erfahrung, seine volle Kenntnis der lokalen Verhältnisse und seine ganze warme Liebe für das Vaterland einbringen wird, und daß Sie sich bei diesen Arbeiten ausschließlich durch diese Liebe werden führen lassen, die Ihnen immer helfen und Ihnen als Leitstern in der Erfüllung Ihrer Pflicht dem Vaterland und mir gegenüber, dienen wird. Ich wünsche der Reichsduma von ganzem Herzen fruchtbare Arbeit und vollen Erfolg.“

Der Dumaspräsident Rodzianko antwortete dem Jar mit folgender Rede: „Majestät, tief und freudig berührt haben wir die bedeutungsvollen Worte des Monarchen gehört, von Freude erfüllt, unseren Jar in unserer Mitte zu sehen. In dieser schwierigen Zeit

haben Sie heute das Band mit Ihrem treuen Volke befestigt, welches uns den Weg zum Siege zeigt.“

Nachdem der Jar die Duma verlassen hatte, richtete er an sie ein Telegramm, das vom Vorsitzenden in der Duma verlesen wurde. Das Telegramm lautet:

„Ich danke der Duma für die anlässlich der Eröffnung der Erzerum an mich gerichteten Glückwünsche. Ich glaube mit Ihnen, daß diese neue Tat der Kaufsarmee uns zum endlichen Triumph unserer Waffen führen wird, dessen Unterpfand ich in dem Eifer aller Kinder unseres Landes sehe, alle ihre Kräfte in seinem Dienste zu gebrauchen. Ich habe gestern bei meinem Besuche in der Duma gern Kenntnis davon genommen und mit einem Gefühl der Freude dafür gebetet, daß Ihre Arbeiten fruchtbar sein mögen.“

Aus diesen Kundgebungen des Jaren, wie aus dem im Auszug bereits mitgeteilten Programm des neuen Ministerpräsidenten Stürmer spricht der offensichtliche Wunsch, der Duma etwas entgegenzukommen, um die gemäßigten Elemente des „progressiven Blocks“ auf die Seite der Regierung hinüberzuziehen. Diese Politik entspricht durchaus den Erwartungen, die man vor der Eröffnung der Session an die Person des neuen Ministerpräsidenten geknüpft hatte. Charakteristisch für die Richtung seiner Politik ist auch, die von ihm — wie vom Jar — auffällig betriebene Unterstreichung des religiös-orthodoxen Moments. Nicht umsonst ist Stürmer der Vertrauensmann der reaktionärsten Autentruäger und Kirchenbureaukraten, die seit Jahren einen unheilvollen Einfluß auf die russische Politik ausüben.

Der „letzte Krieg“.

Im ersten Kriegsjahre konnte man, namentlich in der Entente-Pressen, oftmals lesen, dieser Krieg, der gegen den „preussischen Militarismus“ geführt werde, werde der „letzte Krieg“ sein, nach welchem rein mechanisch der „ewige Friede“ andrehen werde. Seit einiger Zeit macht sich aber auch bei den beherrschenden Missionisten eine vernünftiger Auffassung dieser Dinge bemerkbar. So schreibt einer von ihnen, der bekannte russische Schriftsteller Fürst T r u b e k o i, der in seinen politischen Aufsätzen einen verschwommenen Idealismus in Verbindung mit einem recht realen pan-russischen Messianismus predigt:

„Der Gedanke, dieser Krieg würde der letzte sein, muß als ein utopischer Traum preisgegeben werden. . . Es ist sehr leicht möglich, daß der jetzige Kriegsturm die Einleitung zu einer ganzen künftigen Periode der Weltgeschichte bildet.“

Zeigt diese Aeußerung, wie weit bereits der Stimmungsumschwung in den gemäßigtesten liberalen Kreisen Russlands vorgeschritten ist, so geht aus der nachstehenden Betrachtung des in Samara erscheinenden Arbeiterblattes „Rosa Golos“ deutlich hervor, daß die organisierten Kreise der russischen Arbeiterschaft sich nicht den geringsten Illusionen über den wahren Charakter des Militarismus hingeben. Anknüpfend an die neuesten Reden über die neuen Rüstungen in Japan und die Agitation für die „Kriegsbereitschaft“ in den Vereinigten Staaten, schreibt das Blatt in seiner Nummer vom 6. Februar:

„Noch drohen die Kanonen, noch stöhnen Millionen Menschen, noch wunden Städte in Trümmer gelegt und Hunderttausende Menschen abtödelt gemacht, und schon schreiten die Vereinigten Staaten und Japan zu neuen gewaltigen Rüstungen. Allerdings sind dies zwei Staaten, die beim Weltbrand nur gewonnen haben und deren Wirtschaftslage sich nur noch verbessert hat, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß nach dem letzten Kanonenschuß im Arzoge ihrem Beispiel auch die verarmten, ruhmlosen, mit Schulden belasteten „befreundeten“ und „nichtbefreundeten“ Staaten Europas werden folgen müssen, deren Interessen sich im fernem Osten kreuzen, und ihnen werden die anderen Rache folgen.“

Die alte Geschichte! Wie oft auch unsere Harmonie- und Friedensapostel versichern mögen, dieser Krieg sei ein Krieg gegen den Militarismus, sei der „letzte Krieg“, der, nach der Vernichtung des deutschen, preussischen Militarismus, zu einer Verbrüderung der Völker führen würde, so wird die Demokratie sich nie betrogen lassen und stets daran denken, daß der jetzige Krieg entstanden ist nicht infolge des „bösen Willens“ irgendeines „besonderen Militarismus“, sondern aus der Entwicklung und Konstruktion der kapitalistischen Gesellschaft, aus dem ganzen internationalen militaristisch-imperialistischen System.

Keine einzige Regierung glaubt an den bewaffneten Frieden, noch an die Möglichkeit von Verträgen, keine einzige Regierung mißt ihnen irgendwelche Bedeutung bei.

Und nun kündigen uns die neuen Rüstungen noch fürchterlichere Verwüstungen, noch größere Opfer an Blut und Gut, noch schmerzlichere Steuerlasten, noch entsetzlichere geistige und materielle Verarmung der Menschheit an.

Unsere russische Wirklichkeit, wie die in allen Kriegführenden Ländern, zeigt anschaulich, wozu einen reichen Goldregen der Krieg dem Kapital gebracht hat, nicht nur der Kriegindustrie, sondern auch den „friedlichen“ Industriezweigen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß wir nach dem Arzoge Zeugen des Schaupieles sein werden, wo die Vertreter des internationalen Kapitals in den Ruf ausbrechen: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Die einen werden fordern, daß die Eroberungen beschützt werden, die anderen, die Besiegten, werden nach einer Revanche schreien, und alle zugleich werden immer neue und größere Opfer für den Rüstungsdrösel fordern.

Die Volksmassen und die Demokratie müssen dies alles berücksichtigen, um im nötigen Augenblick der Macht des internationalen Kapitals die Macht der proletarischen Internationale entgegenzustellen. (z)

Die Wirren in China.

Shanghai, 24. Februar. (B. Z. B.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Der Palast des Gouverneurs in Shanghai wurde am Montagmorgens überfallen. Einzelheiten fehlen noch. Es wurde der Belagerungszustand verhängt.

Letzte Nachrichten.

Beschlagnahme deutscher Schiffe in Portugal.

Lissabon, 23. Februar. (B. Z. B.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Die Anwesenheit veröffentlicht ein Dekret, in welchem die Form der Vermehrung deutscher, in portugiesischen Häfen internationaler Schiffe durch die portugiesische Regierung geregelt wird. Portugiesische Befehle begaben sich heute an Bord der deutschen Schiffe, die im Lajo verankert sind, und hielten die portugiesische Flagge.

Beschlagnahme holländischer Postschiffe.

London, 24. Februar. (B. Z. B.) Wie Reuter erfährt, wurden von der Brieffost des heimkehrenden holländischen Dampfers „Gollandia“ 1205 Pakete und von der Brieffost der „Zetria“ 1200 Pakete Kohgunni beschlagnahmt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Schmiede, Kesselschmiede, Autogenschweißer und Karosseriearbeiter

Hörten am Mittwoch den Jahresbericht ihrer Branche, den **Wassner** erstattete. Die Kesselschmiede hatten über Arbeitsmangel nicht zu klagen. Die Arbeiterkräfte waren im Gegenteil rar, so daß eine große Firma sogar dazu schritt, eine Prämie für die Beschaffung von Kesselschmiedeauszulegen. Die Löhne sind im allgemeinen gestiegen. In verschiedenen Betrieben wurden Teuerungszulagen gewährt. — Auch bei den Autogenschweißern war die Konjunktur gut. Sie waren zum größten Teil in der Feederindustrie beschäftigt. Die Verdienste waren zufriedenstellend. In dieser Branche hat die Frauarbeit reichlich zugenommen. — Die Karosseriearbeiter hatten ebenfalls gute Konjunktur und erzielten Verdienste, die zu keinen Klagen Anlaß gaben. — Die Schmiede in den Großbetrieben hatten gleichfalls Anteil an der guten Konjunktur. Die verschiedentlich bewilligten Teuerungszulagen beziehungsweise Kriegszulagen erstreckten sich hier auch auf die Schmiede. Indessen gibt es eine Anzahl Werkstätten, wo die Schmiede in diesem Punkte den Anschließern verpaßt haben. — Neben die Innungsbetriebe. Die in ihnen beschäftigten Schmiede bildeten früher die Grundlage der Organisation. Heute ist das anders. Heute beruht die Organisation in der Branche auf den Kollegen der Großbetriebe. Zu betonen ist dabei, daß allerdings ein Teil aus den Innungsbetrieben in die Großbetriebe übergegangen ist. Die Löhne haben sich in den Innungsbetrieben auch etwas verbessert. Es wird zuzufügen tariflos gearbeitet, da eine Tarifänderung durch den Obermeister seinerzeit unter Berufung auf den Vorkriegsstand abgelehnt wurde. — Es ist zu beklagen, so führte **Wassner** weiter aus, daß in allen genannten Spezialbranchen die Überstundenarbeit eingegriffen ist und daß im übrigen durch die Kollegen durch intensive Arbeit Klauddbau an der eigenen Arbeitskraft getrieben wird, so daß ohne erhebliche Alfordzulage viel höhere Verdienste herauskommen, als unter normalen Verhältnissen. Auf die Dauer kann das niemand aushalten. Und es ist sehr bedenklich für die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege. Die Organisationsverhältnisse sind vielfach nicht so, wie man es wünschen muß. — Die Branchenkommission veranlaßte im Geschäftsjahr fünf Brandenburgenvereinigungen. Ferner fanden 60 Kommissionsstiftungen, 11 Vertrauensmännerkonferenzen und 488 Werkstattversammlungen statt. An den Funktionen und ihrer Wirksamkeit liegt es also nicht, wenn das Resultat nicht den Erwartungen entspricht. Die Brandenburgen hatte am 31. Dezember 1914 einen Bestand von 478,99 M. Einschließlich des Jahresbeitrags im Jahre 1915 die Gesamteinnahme 1357,24 M. Aufgegeben wurden 600,64 M., so daß ein Bestand von 750,60 M. verblieb. — Den Kollegen muß anheimgegeben werden, selber mehr am Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Samerer vervollständigte den Bericht in bezug auf die Metallarbeiter in den Brauereien, deren Interessen von der Branche nur wahrgenommen werden. In den Brauereien besteht ein Tarifvertrag, der einen Lohn von 86,50 M. vorsieht. Dieser entsprach natürlich durchaus nicht den Kriegsverhältnissen mit ihrer Teuerung usw. Wenn nun auch ein Vertrag ein Vertrag sei, so hätte doch erwartet werden müssen, daß die Brauereien alsbald den veränderten Verhältnissen durch Zulagen hätten Rechnung tragen sollen. Statt dessen hätten sie sich aber lange Zeit an den Tarifvertrag gehalten. Erst spät, etwa im Mai 1915, nachdem eine Anzahl der wichtigsten Arbeiter in andere Betriebe abgewandert waren, hätten die Brauereien nach hartnäckigem Drängen Teuerungszulagen gewährt, die ein Tropfen auf einen heißen Stein gewesen wären. Jetzt schäme sich das Wort zu wenden. Die Brauereien scheinen in Verlegenheit zu sein, denn neuerdings böten sie in ihren Anzeigen den Kollegen mehr, als sie die ganze Zeit über geboten hätten. **Rebner** verweist auf die Vierpreiserhöhungen, die den Brauereien, wie ihre Geschäftsberichte beweisen, ganz erhebliche Vorteile gebracht hätten.

Wassner wurde zum Branchenleiter gewählt. Außerdem wählte man die übrigen Kommissionsmitglieder wieder und gab der Kommission das Recht, sich zu ergänzen.

Die Berliner Schuhmacher im Jahre 1915.

Der Jahresbericht der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher sagt unter anderem: Zu Anfang des Jahres herrschte eine durch die Bedürfnisse des Heeres hervorgerufene beispiellose Hochkonjunktur. Sie kam einem großen Teil der Mitglieder, der sich den Gattlerarbeiten zugewandt hatte, direkt zugute. Ende April flaute die Konjunktur etwas ab, hielt sich aber noch bis zur zweiten Hälfte des Jahres auf einer gewissen, immer noch Verdienst versprechenden Höhe. Gegen den Schluss des Jahres trat vollständige Ebbe ein. Ein Teil der Kollegen kehrte wieder zum Schuhmachergewerbe zurück, ein anderer Teil wandte sich der neu entstandenen Holzschuhfabrikation zu. Die Abwanderungen aus dem Beruf, sowie die zunehmenden Einberufungen brachte auch den in der Schuhindustrie und im Schuhmachergewerbe Verbliebenen reichliche Arbeitsgelegenheit, so daß über Arbeitslosigkeit und Aussehen nicht zu klagen war. — Die durch günstige Arbeitsgelegenheit in fremden Berufen erzeugte Abwanderung nach denselben übte einen ungünstigen Einfluss auf die Verhandlungsaktivität aus. Ein großer Teil der in fremden Berufen beschäftigten Kollegen verlor die Führung mit dem Verband. Sie blieben trotz ihrer hohen Einnahmen die Beiträge schuldig und muhnten deshalb gestrichen werden. Der größte Teil der zur Ausstattungsindustrie übergegangenen Mitglieder kam jedoch der Beitragspflicht nach. Hierunter befanden sich die wichtigsten Verbandsmittglieder, die aber, weil sie in einem anderen Beruf arbeiten, ihre agitatorische und organisatorische Tätigkeit für den Verband nicht fortsetzen konnten. Auf der anderen Seite befehligten berufsfremde Arbeiter und Arbeiterinnen die freigebliebenen Stellen in den Schuhfabriken. Diese Arbeiter waren meist unorganisiert oder hatten die Führung mit ihrer früheren Berufsorganisation verloren. Bemühungen, sie für den Verband zu gewinnen, scheiterten.

Das Schuhmachergewerbe hat in der Nachkriegszeit wie in der Reparaturbranche reichliche Arbeitsgelegenheit. Zum Teil deshalb, weil die Innung Heereslieferungen übernommen hatte. Hauptächlich aber, weil durch die Einberufungen die Zahl der Arbeiterkräfte stark gelichtet wurde, die nur in einigen mechanischen Beschäftigten durch umgelernte Arbeiter ersetzt werden konnten.

Erste Differenzen wegen der Arbeitsverhältnisse sind im Berichtsjahre nicht vorgekommen. In einigen Fabriken wurden Teuerungszulagen von 10 Prozent, in den meisten aber nur 8 bis 5 Prozent bewilligt. In einigen Handwerksbetrieben wurden abgelassene Tarife mit entsprechenden Lohnaufbesserungen bis sechs Monate nach dem Kriege verlängert. Ueber die Lohnverhältnisse in den Reparaturwerkstätten läßt sich nichts Bestimmtes feststellen. Aber aus gewissen Umständen ist zu schließen, daß auch hier Teuerungszulagen bis 10 Prozent bewilligt worden sind.

Die Mitgliederzahl belief sich am Anfang des Jahres auf 2021. Der Zugang betrug 897, der Abgang 862. Am Schluss des Jahres betrug die Mitgliederzahl 1556, nämlich 1454 männliche und 102 weibliche.

Die Klassenverhältnisse sind im allgemeinen nicht ungünstig. Für Unterstützungen wurden 14 915 M. ausgegeben. Die Arbeitslosenunterstützung, die sich im Jahre 1914 auf 25 565 M. belief, ist auf 2320 M. zurückgegangen. Die Krankenunterstützung ermäßigte sich von 9703 M. auf 3924 M.

Die am Mittwoch abgehaltene Generalversammlung nahm den Jahresbericht ohne Debatte entgegen und wählte die bisherige Ortsverwaltung wieder.

Hierauf berichtete **Sammacher** über die Verhandlungen über Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Anschluß an den Zentralverein für Arbeitsnachweis. Diese Verhandlungen wurden zwischen dem Verbands- und dem Gewerkschaftsverein auf der einen und der Organisation der Schuhfabrikanten auf der anderen Seite geführt. Diese Angelegenheit ist schon früher ohne praktischen Erfolg verhandelt worden und neuerdings aus Anlaß von Besprechungen

Aber die Kriegsbefähigten-Pflege wieder in Fluß gekommen. Auch jetzt sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Mit dem bisherigen Ergebnis derselben sind wohl die Fabrikanten, aber nicht die Arbeiter einverstanden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß der Zentralverein den Vertretern des Berufs ein weit geringeres Maß von Selbstverwaltung zugestimmt als andere, früher dem Zentralverein beigetretene Facharbeitsnachweise haben. Das bezieht sich namentlich auf die Rechte des Parats und die Stellung der Arbeitsvermittler. Diese wurden früher von den betreffenden Berufen gewählt, später nur von ihnen vorgeschlagen und vom Vorstand des Zentralvereins bestätigt. Bei den Schuhmachern ist es das erstemal, daß der Vorstand des Zentralvereins für sich das Recht in Anspruch nimmt, den Arbeitsvermittler selbst anzustellen. Die Vertretung des Verbandes hält das für einen Rückschritt, auf den sie nicht eingehen will. Sie hat deshalb für die bevorstehende Fortsetzung der Verhandlungen Anträge eingereicht, die ihrem Standpunkt entsprechen. Das Ergebnis der Verhandlungen soll einer späteren Mitgliederversammlung unterbreitet werden.

Deutsches Reich.

Zu den Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

In **Mainz** lehnte eine Bauarbeiterversammlung ebenfalls das Angebot der Unternehmer ab; in einer Resolution wurde ausgesprochen, daß die Unternehmervertreter den Bauarbeitern eine Lohnzulage von mindestens 20—25 Pf. pro Stunde zugestehen müßten, um diesen etwa ein Viertel der Kosten der Teuerung abzunehmen. Die Versammlung erwartet, daß die am 29. Februar in Berlin stattfindende Generalversammlung der Unternehmer den Bauarbeitern bedeutend höhere Löhne zubilligt, und sie hofft, daß das soziale und vaterländische Empfinden stärker zum Ausdruck gelangen werde. Die Versammlung ist der Meinung, wenn die Unternehmer keine anderen als die angeführten Angebote machen, den Vertrag mit dem 31. März 1916 abzulaufen zu lassen; sie erklärt sich mit dem Verhallen ihrer Verhandlungsteilnehmer vollständig einverstanden und verlangt von ihnen, wie von den Innungen, die über das Tarifwesen zu entscheiden haben, nur auf dieser Grundlage den Vertrag zu verlängern.

Aus der Partei.

Erklärung.

In der Beschlusse des Genossen **Wels** gegen die Redaktion des „Vorwärts“ stellt die Preßkommission fest, daß ein Beschluß, wonach die Redaktion den vollen Wortlaut der Resolution des Brandenburger Provinzialvorstandes zu bringen habe, nicht gefaßt wurde, auch ein diesbezüglicher Antrag nicht vorgelegen hat. Die Preßkommission.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Der Sozialdemokratische Verein **Bremen** beschäftigte sich in sechs Generalversammlungen mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der Partei. Eingeleitet wurde die Auseinandersetzung mit einer Rede des **Abg. Henke**, der sein Verhalten im Reichstag begründete. Die übrigen Versammlungen wurden ausgefüllt mit einer umfangreichen Diskussion über all die schwebenden Parteifragen, die „**Bremer Bürgerzeitung**“, den Stand des Bremer Parteigeschäfts, die Gründung der „**Bremischen Korrespondenz**“ usw. Die „**Bremer Bürgerzeitung**“ hat unter dem Kriege außerordentlich gelitten; sie verlor circa 40 Proz. ihrer Abonnenten. Ein Teil der Debattierender erklärte sich das aus den Kriegsverhältnissen, den vielen Einberufungen zum Kriegsdienst und der kolossalen Teuerung, ein anderer Teil schob das auf die Haltung der „**Bremer Bürgerzeitung**“. Die Gründung der „**Bremischen Korrespondenz**“ wurde scharf verurteilt. Nach einem Schlusswort **Henkes** gab **Rienbeck**, der Redakteur der „**Bremischen Korrespondenz**“, eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Vorstandresolution sich mit der Haltung der „**Bremer Bürgerzeitung**“ einverstanden erklärt, daß aber Henke, wie die Gruppe um **Anief**, die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung verneint. Unter solchen Umständen sei es nicht möglich, ohne Betonung der gegenseitigen Standpunkte auszukommen. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins **Bremen** erblickt in der Herausgabe der „**Bremischen Korrespondenz**“ das notwendige Ergebnis der seit langem in der deutschen Sozialdemokratie bestehenden Richtungskämpfe zwischen dem revisionistischen und dem revolutionären Prinzip. In Anbetracht, daß durch den Krieg die revisionistische Richtung in der Partei völlig ins nationalistische Lager abgewandert ist, in Anbetracht ferner, daß die Vertreter des Parteizentrums zu keiner konsequenten Politik den wichtigen Partei- und politischen Fragen gegenüber gekommen sind, in Anbetracht endlich, daß selbst die Opposition der Zwangig, so sehr die Ablehnung der Kredite als Tat zu begrüßen ist, sich nicht zu einem prinzipiellen Standpunkt in der Begründung durchzuführen vermochte, fordert die Versammlung, daß die „**Bremer Bürgerzeitung**“ in Verfolgung ihrer linksradikalen Haltung vor dem Kriege die Politik . . . konsequent verfolge.“

Die Versammlung erwartet, daß **Genosse Henke** auch ferner die Kriegskredite ablehnt und seiner Handlung eine prinzipielle Begründung auch öffentlich hinzusetzt.“

Die Erziehung zur Preßkommission ergab dann folgendes Resultat: **Thurau** und **Göbe** je 475 Stimmen, **Deichmann** und **Waig** die bisher der Preßkommission angehörten je 95 Stimmen, **Hogeborn** 47 Stimmen. Die Genossen tabilischer Richtung **Thurau** und **Göbe** sind damit in die Preßkommission gewählt und die tabilische Mehrheit in ihr sichergestellt.

Zum Kreisabgeordneten

wählte die Stadtverordnetenversammlung von **Ludewalde** den Stadtverordneten **Genossen Hermann Zahn**.

Ein Abgeschüttelter.

In einem der letzten Hefte der „**Preussischen Jahrbücher**“ Professor **Delbrück** hat der Arbeitersekretär **Ludwig Radlof** einen Artikel über innere Parteifragen veröffentlicht, womit er den Beweis erbrachte, daß der Sozialismus nicht tief in ihm verwurzelt haben kann. Die „**Leipziger Volkszeitung**“ hat ihm die unverdiente Ehre zuteil werden lassen, den Artikel einer Kritik zu unterziehen. Da in dieser auch darauf hingewiesen wurde, daß Radlof vor Jahren einmal Redakteur an der „**Breslauer Volksmacht**“ war, bezieht sich letztere, zu erklären, daß sie es ablehne, „mit einem Genossen in Verbindung gebracht zu werden, bei dem von sozialdemokratischer Ueberzeugung kein Hauch mehr zu spüren ist“. Und da nun die „**Breslauer Volksmacht**“ ihrerseits wieder bemerkte, daß Radlofs Tätigkeit in Breslau schon neun Jahre zurückliege und er jetzt Bezirksarbeitersekretär in **Zwickau** sei, sieht sich auch das in Zwickau erscheinende „**Sächsisches Volksblatt**“ veranlaßt, von Radlof abzurufen, indem es bemerkt, daß dieser jetzt auch nicht mehr in Zwickau sei und dort auch nur vorübergehend tätig war. Auch das „**Sächsisches Volksblatt**“ lehnt es deshalb ab, „mit diesem wunderlichen Sozialdemokraten und sonderbaren Schwärmer zusammengepöppelt zu werden“.

Nach dieser kräftigen Abschüttelung dürfen wir wohl annehmen, daß etwas Wasser in den Wein der bürgerlichen Politiker geflossen ist, die in Radlof einen typischen Vertreter der „**neurozentrierten**“ Sozialdemokratie erblickten.

„Arbeiter-Jugend“

Die oben erwähnten Nr. 5 des 8. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Dem Historiker der Partei. Von **A. Korn**. — Drei Erzähler. Von **Hermann Drehsler**. — Der Kupferfisch. Von **Elfriede Schäfer**. (Mit Abbildungen.) — Das Lebensritzel. Von **S. Truder**. — Die Geburt des Kommunismus. — Wer darf Stenographieren lernen? Von **M. Conradi**, Landtagskronograph. — Chor der Toten. Gedicht von **Konrad Ferdinand Meyer**.

Aus Industrie und Handel.

Bulgarisches Kupfer für Deutschland.

Sofia, 24. Februar. (B. L. B.) Der Ministerrat beschloß, das Kupferbergwerk **Vor**, das in dem von den Bulgaren eroberten Teile Serbiens liegt und das reichste auf der Balkanhalbinsel ist, den Deutschen für die Kriegsdauer zur Ausbeutung zu überlassen.

Kriegsgewinne.

Die **Teller Federwerke** vom **Fritz Behl u. Sohn** A.-G. verordnen ihre Dividende (30 statt 10 Proz.). Der Geschäftsbericht bemerkt, daß an das Werk große Anforderungen gestellt wurden. Der Bedarf an Militärbedarf war während des ganzen Geschäftsjahres ein außerordentlich bringender, und auch heute noch dauere die Nachfrage darin unvermindert an. Der Produktionsgewinn ist auf 1 628 898 M. (577 554 M.), der Reingewinn auf 1 205 824 M. (240 946 M.) gestiegen. In die Kriegsgewinnsteuer-Rücklage fließen 524 000 M. Die Zantreien erfordern 124 000 M.

Die **Exportglasherei und Schmalzraffinerie** A.-G. in **Hamburg** erhöht ihre Dividende von 25 auf 30 Prozent.

Regelung des Devisenverkehrs in Oesterreich.

Rechtlich wie in Deutschland ist jetzt auch in Oesterreich-Ungarn der Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) zentralisiert und monopolisiert worden: Die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat laut B. L. B. im Einvernehmen mit der Postparafosse und den Oesterreichischen sowie ungarischen Finanzinstituten die Grundlage für den künftigen Devisenverkehr festgelegt. Um eine Uebersicht der verfügbaren und verlangten ausländischen Zahlungsmittel zu gewinnen und um den Ankauf sowie Verkauf derselben bei unklarer Verbilligung zu vereinfachen, errichtet die Oesterreichisch-Ungarische Bank gemeinsam mit der Postparafosse und den Oesterreichischen und ungarischen Finanzinstituten Zentralstellen in **Wien** und **Budapest**, die am 24. Februar in **Wien** amnestet. Die Mitglieder einer jeden Zentralstelle sind verpflichtet, ihre sämtlichen einlaufenden fremden Zahlungsmittel einzuliefern und den Bedarf an solchen unter Angabe des Verwendungszweckes bei ihr abzufragen. Die Zentralstelle entscheidet, ob, beziehungsweise in welchem Ausmaße die Zuteilung der verlangten Beträge an ausländischen Zahlungsmitteln zu erfolgen hat.

Eine weitere Schiffahrtsdividende. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „**Kosmos**“ beschloßen, den Aktionären die Vergütung des Aktienkapitals mit 6 Prozent wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Soziales.

Steinbergs Krawattenfabrik und Lehranstalt.

Vor einigen Wochen berichteten wir über eine vor dem Generoberichter verhandelte Klage gegen die Eheleute **Steinberg**. Die Klägerin forderte Rückzahlung des Lehrgeldes, weil sie nach beendeter Lehrzeit keine Arbeit von **Steinberg** erhielt, obwohl sie nur mit Rücksicht auf die ihr in Aussicht gestellte dauernde Beschäftigung das Lehrverhältnis eingegangen war. Das Gericht hatte beschlossen, durch einen Sachverständigen feststellen zu lassen, ob das Ehepaar **Steinberg** nach Art und Umfang seines Betriebes überhaupt in der Lage sei, Heimarbeiterinnen dauernd zu beschäftigen.

Wesern hand in dieser Sache wieder Termin an. Hier machte der Sachverständige **Ernst Graßheim** folgende Angaben: Bei der Besichtigung des Steinbergschen Betriebes zeigte mir **Steinberg** sechs kleine Räume, von denen nur drei zu geschäftlichen Zwecken bestimmt sind. Kaufmännisches und gewerbliches Personal fand ich nicht vor. **Steinberg** erklärte, er mache alles allein. Das Lager, welches mir **Steinberg** zeigte, bestand aus etwa 20 Korbons mit Krawatten, meistens allergeringster Qualität. An Stoffen waren nur einige geringwertige Reste vorhanden. **Steinberg** erklärte, daß er ein Stofflager nicht halte, sondern die Stoffe nur meterweise einkaufe und zwar die farbigen von einem Zwischenhändler, die schwarzen von einem Fabrikanten, dessen Adresse er mir angab. Dieser Fabrikant sagte mir auf meine Anfrage, **Steinbergs** Angabe sei unwahr, er, der Fabrikant, habe an **Steinberg** nichts geliefert und wolle mit ihm nichts zu tun haben. Auf meine Frage an **Steinberg** nach den bei ihm vorliegenden Bestellungen erklärte er, Bestellungen habe er überhaupt nicht. Er lieferte in Partungen, daß er Krawatten 50 Proz. billiger verkaufe als andere Geschäfte. Daraufhin fanden sich Käufer einzelner Krawatten. Außerdem verkaufe er an einige Hausierer. Einen Großhandel habe er überhaupt nicht. Daß **Steinberg** nach Art und Umfang seines Betriebes in der Lage ist, Heimarbeiterinnen dauernd zu beschäftigen, muß ich entschieden verneinen. Ob das, was die Klägerin bei **Steinberg** gelernt hat, einen gewerblichen Wert hat, kann ich nicht beurteilen, ohne ihre Arbeit gesehen zu haben. Was sie nach der ihr von **Steinberg** ausgestellten Zensurkarte gelernt haben soll, ist so wenig, daß sie daraufhin in keiner Krawattenfabrik beschäftigt werden kann. Allenfalls könnte sie bei einer Heimarbeiterin die allerprimitivsten Arbeiten verrichten und damit ein paar Groschen verdienen. Einen Wochenverdienst von auch nur 15 Mark mit den nach der Zensurkarte von der Klägerin erworbenen Kenntnissen zu erzielen ist unmöglich. Um einen solchen Verdienst zu erreichen, würde die Klägerin noch einer monatelangen weiteren Ausbildung bedürfen. — Die Krawatten, die ich bei **Steinberg** gesehen habe, sind meistens glatte Selbstbinder. Diese Arbeit ist leicht zu erlernen. Aber wenn eine Arbeiterin nur diesen Artikel anfertigen gelernt hat, kann sie nicht als brauchbare Krawattenarbeiterin angesehen werden.

Im Termin waren beide Parteien nicht erschienen. Ein Urteil konnte deshalb nicht abgegeben werden.

Kriegsleistungsgesetz und Gemeindeabgaben.

Auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes können die Gemeinden von ihren Einwohnern Naturalleistungen verlangen. Wegen die Auserlegung solcher Lasten ist das Verwaltungsstreitverfahren, wie das Oberverwaltungsgericht am Dienstag entschied, nicht zulässig.

Die örtliche Einquartierungskommission in **Ostrowo** hatte zu einem Vorbereitenden Soldaten zur Einquartierung geschickt. Dieser fand den Raum nah und kalt und nicht genügend eingerichtet; er ging deshalb zur Kommission zurück. Er wurde darauf in einem Hotel untergebracht, und der Magistrat verfügte an den Barbier, daß er die Hotelkosten von 68 M. zu zahlen habe. Der Barbier legte nach vergeblichem Einbruch beim Bezirksauswahlschuss auf Aufhebung jener Veranordnung. Der Bezirksauswahlschuss in **Posen** gab auf dem Pannse recht und stellte ihn von den 68 M. frei. Das Oberverwaltungsgericht hob aber das Urteil auf und wies die Klage als unzulässig ab. — Gründe: Alle Leistungen, die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes geordert würden, hätten nicht die Eigenschaft von Gemeindeabgaben. Deshalb sei das Verwaltungsstreitverfahren, das nur gelte, wo es ausdrücklich vorgeordnet sei, in bezug auf Leistungen aus dem Kriegsleistungsgesetz nicht statthaft. Vielmehr sei hier nur eine Beschwerde möglich. Somit habe, nach Aufhebung der Vorentscheidung, die Klage schon wegen Unzulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens abgewiesen werden müssen.

Die Wahlrechtsfrage im Landtag.

15. Sitzung, Donnerstag, den 24. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Paulsen (L.) durch Erheben von den Plätzen. Die zweite Beratung des Etats des

Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Fleuser (3.)

betont die Notwendigkeit einer Entlastung der Gemeinden, denen durch den Krieg neue große Aufgaben zugefallen seien. Im einzelnen bleiben die Ausführungen des Redners auf der Tribüne unverständlich. Er bespricht weiter die Frage der Verwahrlosung der Jugend und verlangt scharfe Penale der Kinovorführungen.

Minister v. Loebell:

Die Staatsregierung erkennt nicht, daß die großartige Fürsorge unserer Gemeinden für Volksernährung und Kriegswohlfahrtspflege sehr erhebliche Leistungen bedeutet. Eine Herabsetzung der Gemeindesteuern wird wohl zunächst nicht möglich sein. Weitere Gemeindeentlastungen können wir nicht zulassen. Jedoch werden die von den Gemeinden gezeichneten großen Stücke der Kriegsanleihen lombardiert. Wir unteruchen, ob die Erleichterung weiterer Steuerquellen für die Gemeinden möglich ist. Einige Provinzialverbände haben musterhafte Organisationen für die Invalidenfürsorge geschaffen, in anderen sind freie Organisationen in Ablehnung an die Provinzialverbände geschaffen. Die Höhe der vorausichtlichen Gesamtkosten für die Invalidenfürsorge läßt sich noch nicht übersehen. Es müssen in dieser Frage alle Bevölkerungsklassen mitwirken und insbesondere die Arbeitgeber ihren Dank denen abtragen, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben. Die Leistungsfähigkeit der Sparbanken hat sich während des Krieges glänzend bewährt. Sie haben durch Beteiligung an den Kriegsanleihen eine Summe aufgebracht, die beinahe der Frankreich nach dem Kriege 1870/71 auferlegten Kriegsschuldung entspricht. (Hört, hört!) Die Gefahr einer Verwahrlosung der Jugend, deren Vater an der Front und deren Mutter auf Arbeit ist, liegt zweifellos vor. Es muß alles geschehen, ihr entgegenzuwirken. Die öffentlichen Vergünstigungen müssen dem Ernst der Zeit entsprechend natürlich eingeschränkt werden, auf der anderen Seite müssen aber auch die Interessen großer Erwerbsstände berücksichtigt werden. Im allgemeinen ist diese Mittellinie von den Polizeibehörden wohl eingehalten worden. Allgemeine Vorschriften zu erlassen, habe ich nicht für richtig gehalten, habe aber besondere Richtlinien aufgestellt. Dessenfalls Anlaufarbeiten dürfen nicht stattfinden. — In den Kinos und Varietés werden Stücke nicht zugelassen, die jütlich anstößig sind oder sonst mit dem Ernst der Zeit und dem Empfinden der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Nur ernste Stücke zuzulassen, ginge zu weit. Alle Freivolitäten, Ehedramen, Possenreiterei, Weichimpfungen der Feinde, Verlegung der Neutralen müssen unbedingt unterbleiben. In Berlin liegen natürlich die Verhältnisse besonders schwierig, aber das durchschnittliche Verhalten der Berliner Bevölkerung hat sich den Zeitumständen würdig angepaßt. — Dem Antimierneipenunwesen sind wir scharf zu Leibe gegangen. Die Befürchtung, daß eine große Zahl dieser Reklamerinnen dadurch der Prostitution in die Arme geworfen würde, hat sich als nicht begründet ergeben. Viele dieser Reklamerinnen sind in ihre Heimat zurückgekehrt und dort auch wieder einem geordneten Leben zugeführt worden. — Die Theaterzensur hat im allgemeinen auch ihre Schuldigkeit getan. Hier und da mögen ja Mißgriffe vorgekommen sein. Freivolitäten sind jedenfalls verschwinden. Soweit das noch nicht der Fall sein sollte, wird eingegriffen werden. In 15 Monaten des Krieges sind 81 Stücke verboten worden. Freilich kann unter Umständen ein Stück auf einer großen Berliner Bühne mit ersten Kräften noch zugelassen werden, das in der Provinz nicht mehr zu dulden wäre. Vor allem muß das Publikum selbst dafür sorgen, daß die Stücke, die dem Ernst der Zeit nicht entsprechen, soweit sie einmal zugelassen werden sollten, bald verschwinden. — Dem Kinounwesen muß allerdings noch mehr entgegengetreten werden. Ich hoffe, daß im Reichstag bald ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Konzeptionspflicht der Kinos bringt. (Bravo!)

Abg. Lohmann (natl.):

Gegen die Verwahrlosung der Jugend muß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Doch darf nicht vergessen werden, daß all solche Maßnahmen nur vorübergehende Kriegsmaßnahmen sein dürfen.

Abg. Cassel (Sp.):

Die Gemeindesteuern betragen schon jetzt im Durchschnitt 210 Prozent. Wenn den Städten Anleihen auch in Zukunft verboten werden sollen, so müßten notwendige und nützliche Ausgaben unterbleiben. Daher müssen den Gemeinden weitere Einnahmequellen eröffnet werden. Auf jeden Fall muß das nach dem Kriege durch ein neues Kommunalabgabengesetz geschehen. Sparsamkeit ist vielleicht bei öffentlichen Bauten manchmal angebracht, auf keinen Fall aber darf sie bei der sozialen Fürsorge der Städte gelöst werden. (Sehr richtig!)

Den Ausführungen des Ministers in Bezug auf die Beschränkung öffentlicher Lustbarkeiten kann ich im allgemeinen zustimmen. In Kinos wird übrigens auch viel Gutes geboten. — Nicht berechtigt ist es, wenn Generalkommandos sich in Stadtbewohnern wahlen einmischen. — Daß Kaufleute Summen für die Kriegswohlfahrtspflege zahlen, um für sich Reklame zu machen, wie Herr v. Pappenheim meinte, dürfte nur sehr vereinzelt vorgekommen sein. — Ein besonders großes Verdienst haben sich unsere Frauen und Mädchen in diesem Kriege erworben in der Fürsorge für die zurückgebliebenen Kinder und Frauen unserer Krieger. In vielfachen Organisationen haben sie Muttergütliches geleistet. Im Frieden werden aus diesen Leistungen Folgerungen zu ziehen sein, auf die ich heute nicht eingehen will. Wenn dereinst wieder scharfe politische Kämpfe geführt werden müssen, wird man hoffentlich daran denken, daß in dieser ersten Zeit alle Volksgenossen ihr Bestes für die Zukunft des Vaterlandes hingeben haben. Das muß dazu führen, daß ihnen die Gleichberechtigung auf allen Gebieten eingeräumt wird. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Paul Hoffmann (Soz.):

Der Vorredner sprach zuletzt von der Gleichberechtigung aller Volksgenossen. Bei Ausbruch des Krieges haben wir ja auch die Wortschaft gehört, daß von nun an die Sozialdemokratie gleichberechtigt sein soll mit den bürgerlichen Parteien. Soweit hier und da Änderungen in dieser Richtung stattgefunden haben, ist das sicher nicht aus Anerkennung der Gleichberechtigung geschehen, sondern weil es die Zeitumstände erforderten. Den nachgeordneten Behörden fällt es jedenfalls vielfach noch sehr schwer, von ihrer früheren Praxis abzusehen. So wurde in Schlesien ein freies Gewerkschaftsstatut mit seiner Bitte, an der Verteilung einer bestimmten Summe für Wohlfahrtszwecke mitwirken zu können, vom Landrat abgewiesen mit der Bemerkung, es könne nicht als politisch einwandfrei gelten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer Arbeiterverein aber, der zu dem ausgesprochenen Zwecke

gegründet war, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wurde an der Verteilung des Geldes beteiligt. (Hört! hört!)

Im Kreise H ö s c h e i d t wurden zwei zu Beigeordneten gewählte Sozialdemokraten vom Landrat gestraft, ob sie zur Minderheit oder Mehrheit in der Sozialdemokratie gehörten.

Als Vertreter der Minderheit würden sie keinesfalls bestätigt

werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Lobe, das die Vorredner der Polizei spendet haben, können wir uns nicht anschließen. Bei dem Andrang zu den Butterläden geht die Polizei oft sehr rücksichtslos vor. Leuten, die sich nicht willkürlich ihren Anordnungen fügen, wird mit Schuchhaft gedroht. Ich kann nicht annehmen, daß die Polizei darin im Auftrage des Generalkommandos handelt. — Mit der in dem Umfange nicht berechtigten Furcht vor der Verwahrlosung der Jugend begründet man alle möglichen Maßnahmen, um die Bewegungsfreiheit der Jugend einzuschränken. In Stettin hat man allen jungen Leuten unter 18 Jahren den Besuch von Gasthäusern und Kinos verboten. Im Felde können sich solche jungen Leute das Eisenerz verdienen, hier werden sie in jeder Weise bevormundet. Es wird überhaupt viel zu viel polizeilich reglementiert. Im Kreise Allenstein hat der Landrat einfach bestimmt, daß der Höchstlohn für Landarbeiter drei Mark nicht überschreiten dürfe. Wieviel weniger gezahlt wird, interessiert ihn nicht. Der Landwirt, der mehr bezahlt, wird mit drei Tagen Haft bedroht. Nun, dieses Delikt wegen wird sicher kein Tag Haft abgeessen sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Rosenow beschwor neulich die Arbeitgeber, wenigstens im Kriege ihren Herrensstandpunkt aufzugeben und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter bei Lohnstreitigkeiten anzuerkennen. Bei der Aktiengesellschaft Schlesiens Textilverke, wo Löhne von 12—15 Mark bezahlt werden, verlangten die Arbeiter eine Teuerungszulage. Mit Hilfe der Gewerkschaft war es ihnen gelungen, sie zu erreichen. Daraufhin teilte die Firma den Gewerkschaftsvertretern mit, daß sie nicht als berufene Vertreter der Arbeiter anerkennen könne, sondern nur mit ihren Leuten selbst verhandeln, und daß sie gegen den Verband Anzeige bei der Militärbehörde machen werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei beträgt der Reingewinn der Gesellschaft über 1 1/2 Millionen. Und eine solche Gesellschaft erlaubt sich die Militärbehörde anzurufen, um sich vor den Forderungen der Arbeiter zu schützen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Veumer erklärte im verflochtenen Jahre auf einer Konferenz, alle diejenigen, die jetzt arbeitslos sind, seien Arbeitsscheue. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und forderte Maßnahmen von den Behörden, um der Arbeitslosen zu begegnen. In derselben Zeit erging im II. Armeekorps eine Bekanntmachung, wonach alle Arbeiter, die unter Kontrakt die Arbeit niederlegten, mit einem Jahre Gefängnis bestraft werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Freizügigkeit der Arbeiter.

Auch in diesem Jahre sind wieder 300 000 M. für den Geheimfonds in den Etat eingestellt. Ich frage den Minister, ob auch in der Folge ein ganzes Heer von Spitzeln aus diesem Fonds unterhalten werden soll, und ob nicht auch auf diesem Gebiete eine Neuorientierung nötig wäre. Von dieser sogenannten Neuorientierung wird sehr viel Besand gemacht, aber man sollte uns doch zunächst einmal die Grundlinien dieser Neuorientierung näher darlegen. Bieleicht hat man nur davon gesprochen, um die Leistungen des Volkes noch mehr zu steigern. Von jeher hat das Volk nur als Amboß gedient. Nun in der Stunde der Gefahr ist angeblich plötzlich die Erleuchtung gekommen, daß man das Volk verlannt hat. Wird man sich dessen auch in der Stunde des Wohlergehens noch erinnern? (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Ich glaube nicht recht an diese Erleuchtung, sonst hätten hier schon längst die Laten folgen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die dem Volke keine Rechte gewähren wollen, fügen sich heute auf den Burgfrieden; alle Fragen, die ihnen unangenehm sind, wo sie Farbe bekennen sollen, sehen sie als Störung des Burgfriedens an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Zeichen des Burgfriedens bereitet der Minister im geheimen die Wahlen vor im Interesse der rechtsstehenden Parteien auf Kosten des Staates. Die Regierung benutzt insofern den Regierungsapparat, um die öffentliche Meinung zu korrumpieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufrechterhaltung der Gefindeordnung entspricht nicht mehr der Würde des Volkes. Warum macht man noch immer den Staatsarbeitern und Beamten das Koalitionsrecht illusorisch. Man hat gesagt, in Deutschland herrsche seit anderthalb Jahrhunderten uneingeschränkte Freiheit der öffentlichen Meinung. Nach dem Gesetze vielleicht, in der Praxis steht es ganz anders aus. Sozialdemokraten haben viele Jahre Gefängnis erduldet, weil sie ihre Meinung frei gesagt haben. Meine Parteifreundin Luxemburg hat wegen ihrer freien Meinungsäußerung noch vor kurzem ein Jahr im Gefängnis sitzen müssen. „Der die Wahrheit kennt und sagt sie frei, der wandert fiktiv in die Stadtvogel.“ Man hat hier den Frauen großes Lob wegen ihrer Tüchtigkeit ausgesprochen. Warum verweigert man ihnen dann aber den politischen Einfluß in Staat, Gemeinde und Reich. Gleiche Pflichten erfordern auch gleiche Rechte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter 18 Millionen Erwerbstätigen in Preußen waren vor dem Kriege 6 Millionen weiblichen Geschlechts und im Kriege hat diese Zahl noch gewaltig zugenommen. Die Frauen zahlen doch ebenso direkte und indirekte Steuern wie die Männer. Da ist es höchste Zeit, daß man ihnen die politischen Rechte nicht mehr vorenthält.

Wir fordern auch für die Frauen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht

für alle gesetzgebenden Körperschaften. Hier ist eine Neuorientierung sehr notwendig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann komme ich auf das Wahlrecht überhaupt. Diese wichtige Frage wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis sie endgültig im Interesse des Volkes gelöst ist. Herr v. Heydebrand meinte bei der ersten Lesung, Schönheitsfehler, Unbequemlichkeiten, die dem Wahlgeseh anhaften, könnten ausgeglichen und beseitigt werden. Welche Schönheitsfehler und Unbequemlichkeiten hat er damit gemeint? Hat er etwa die Klasseneinteilung gemeint? Drei Wähler der reichen Bevölkerung haben heute so viel politisches Recht wie 84 der armen Bevölkerung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Krieger, der mit dem Eisernen Kreuz heimkehrt und seine wirtschaftlichen Verhältnisse ruiniert vorfindet, wählt in der dritten Klasse, ein Dabeimgebliebener, der durch Auswanderungen des Volkes reich geworden ist — und wer die Rot des Volkes benutzt, um sich die Taschen zu füllen, ist doch sicherlich ein Vaterlandsfeind (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) —, ist Wähler erster Klasse geworden. Ein größeres politisches Unrecht gibt es nicht. Oder meint Herr v. Heydebrand vielleicht die Wahlkreiseinteilung? Heute haben Landkreise mit 6000 Wählern daselbe Recht wie andere Kreise mit 60 000 Wählern. Das ist eine ungeheuerliche Bevorzugung der Junker gegenüber der Industrie. Allen Staatsarbeitern und Beamten ist es unmöglich, ihre Stimme frei abzugeben.

Dieses Wahlrecht bedeutet für das Volk einen Skandal und eine unerhörte Vergewaltigung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Thronrede hat ein organische Fortentwicklung des Wahlgesehes zugesagt. Die Konfessionen aber legen diesem Königswort ein glattes Nein gegenüber. Ich bin überzeugt, es wird in der Wahlrechtsfrage erst anders werden, wenn das Volk draußen gebieterisch sein Recht fordert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun sind bereits Vorschläge gemacht worden für ein neues Wahlrecht. Von einer Seite wurde ein Familienväterwahlrecht empfohlen, vielleicht in dem Gedanken, damit dem Geburtenrückgang entgegenzutreten. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärte sich für den Vorschlag, aber nur dann, wenn er auch für das Reich eingeführt werde. Also Beseitigung des Reichstagswahlrechtes! Das wäre ein glatter Sieg der Reaktion. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unerhört, daß man gerade in dieser Zeit dem Volke mit solchen Vorschlägen kommen kann. Man hat gesagt, das allgemeine Wahlrecht sei das größte Wahlunrecht, es gehe nicht an, daß die besitzlose Masse mitentscheiden könne über das Fortkommen der Reichen. Aber wer hat den Reichen das Fortkommen erst gefüllt? Und ist es nicht die große Masse des Volkes, die den Reichen heute das Fortkommen schämt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Herr v. Womin hat geschrieben, die Sozialdemokratie solle sich schämen, in der jetzigen Zeit eine Wahlreform zu fordern. Aber ein großer Teil der Besitzenden schämt sich nicht, in der jetzigen Zeit das Volk auszuwuchern. (Zuruf rechts: Ausnahmen!) Die Extraprofite gehen in die Milliarden! Weiter schreibt er: Das deutsche Volk hänge mit Liebe und Vertrauen an dem jetzigen Wahlsystem. Woher schöpft der Herr diese Kenntnis? Hat er nichts gehört von den

Millionenprotesten gegen dieses Wahlsystem?

Herr v. Jellig hat neulich erst erklärt, das jetzige Wahlrecht aufzuheben, sei Unvernunft, der Staat müsse dann zugrunde gehen. Also die Massen sind gut genug, um Gut und Bunt für das Vaterland herzugeben, aber nicht gut genug, um über die Geschicke des Volkes mitzureden! Die eblen und erlauchten Herren in unserem Nachbarhause sind so von Feindschaft gegen die Volksworte erfüllt, daß sie erklären, wenn der Minister wagen sollte, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen, sollte man ihn an dem ersten besten Laternenpfahl aufhängen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß endlich der Wille des Volkes in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. Da gibt es kein anderes Mittel, als die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf den Preussischen Landtag. Die Arbeiterschaft hat es satt, sich noch weiter als Rechtlose und Parasiten behandeln zu lassen. Der Ruf nach dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht wird nach dem Kriege mit Donnerstimme erhoben werden. Wir erwarten, daß dann die Worte von der Neuorientierung nicht Schall und Rauch bleiben sollen, sondern daß diese Frage umgehend in Angriff genommen wird und daß dann der neue Landtag zusammenberufen wird unter dem Zeichen des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, des Wahlrechtes, das allein der Würde des Volkes entspricht. (Lebhafter und anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Jellig (ff.):

Der Vorredner hat nicht das Recht, sich als einen Vertreter des deutschen Volkes zu bezeichnen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter bei uns als Parasiten behandelt werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Doch!) In Wirklichkeit sind die Arbeiter mit allen übrigen Klassen der Bevölkerung gleichberechtigt. (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Abg. Liebknecht: Bewachte Unwahrheit! — Lärm rechts. — Vizepräsident Dr. v. Krause ruft Dr. Liebknecht zur Ordnung. Der Vorredner hat gesagt, Frau Dr. Luxemburg sei wegen der Äußerung ihrer freien Meinung verurteilt worden. In der Tat ist sie verurteilt worden, weil sie gegen ein Gesetz verstoßen hat. Also was Sie (zu den Sozialdemokraten) fordern, ist schreiende Ungerechtigkeit. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Philipp Cullenburg! Das Koalitionsrecht ist kein staatsbürgerliches Recht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Doch!) Wenn Sie die Verfassung nicht kennen, dann halten Sie den Mund. (Heiterkeit.)

Es liegt im Interesse des Staates, den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht und Streikrecht vorzuenthalten.

Das preussische Wahlrecht ist kein Klassenwahlrecht. (Lebhafter Widerspruch links und im Zentrum.) Es wählt keine Klasse für sich den Abgeordneten, sondern alle Klassen zusammen. (Lachen links.) Die Neuorientierung wird jedenfalls durch Steden, wie die des Abg. Hoffmann, aufs äußerste erschwert. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsvorlage darf nicht eher dem Hause zugehen, als bis mit der Regierung eine Verständigung über seine grundlegenden Bestimmungen erzielt ist. (Zustimmung rechts.) Es muß eine Fassung gefunden werden, mit der sich die beiden äußersten Flügel der bürgerlichen Parteien wenigstens abfinden können. Geschieht das nicht, so werden die Wahlrechtsverhandlungen wieder einen solchen Zwiespalt zwischen den Parteien schaffen, daß die großen uns bevorstehenden Aufgaben nicht gelöst werden können. Deshalb sollte man sich bemühen, möglichst bald eine solche Verständigung zu finden. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zurufe: Wir werden Sie dazu zwingen!) Wir haben keine Furcht. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) uns selbst mit den Massen kommen, wir werden die Antwort zu finden wissen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zurufe bei den Sozialdemokraten: Kanonen! Abg. Ad. Hoffmann: Die Schützengrabenkämpfer werden sich vor den Schützengrabensfeldern nicht mehr fürchten!) Wir sind überzeugt, daß die, die in den Schützengrabens für das Vaterland jetzt kämpfen, sich auf solche Schlagworte wie Revolution nicht einlassen, sondern mit uns ehrlich weiterarbeiten werden. Das gibt uns das Vertrauen, an die Neuorientierung heranzugehen, mögen die Herren und Dr. Liebknecht noch so laute Reden führen, die der Vaterlandsliebe nicht entsprechen. (Bravo! rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Braun (Soz.):

Ich bedauere, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, die geradezu provokatorischen Ausführungen des Freiherrn v. Jellig gebührend zurückzuweisen. Wer Stürme des Unwillens in das Volk tragen wollte, hätte es nicht besser als mit solchen Provokationen tun können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt die Debatte über das

Medizinalwesen.

Eine Resolution der Kommission ersucht die Regierung, im Reichstage auf die Einbringung eines Gesetzes hinzuwirken, wodurch der Bundesrat ermächtigt wird, das Anbieten und Feilhalten, sowie den Vertrieb von Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft oder zur Verhütung der Empfängnis geeignet sind, zu beschränken oder zu unterjagen und auch alle nur für das Laienpublikum be-

stimmen Schritten und Bücher, die eine Beschränkung oder Besprechung antikonzeptioneller Methoden enthalten, zu verbieten. Weiter verlangt die Kommission eine Unterjüngung des Bezirksamtes.

Die fortschrittliche Volkspartei verlangt reichsgesetzliche Regelung des Haftfindens und des Wohnungsfindens, staatliche Beihilfen zur Errichtung von Säuglingsfürsorgeeinrichtungen in den Gemeinden und schließlich Einführung der Reichswochenhilfe in die Reichsversicherungsordnung mit dauernder Friedensgeltung.

Abg. Dr. Rugdan (Sp.)

hebt die großen Leistungen der Armeeärzte und des Krankenpflegepersonals hervor; dieser Dank müsse sich aber auch betätigen in geistlicher Würdigung der begründeten Ansprüche der Ärzte im Lande und in der Anerkennung des Koalitionsrechtes an das Krankenpflegepersonal. Der Krieg habe bewiesen, daß die Vorbereitung gegen Krankheiten ebenso wichtig sei, wie die eigentliche Tätigkeit des Arztes. Während in früheren Kriegen den Seuchen mindestens ebenso viele zum Opfer fielen, wie den Geschossen, während Napoleons Zug nach Rußland nicht an der Kälte und nicht an den Kosaken, sondern am Pesttypus scheiterte, ist die Hoffnung, die unsere Feinde neben der Hoffnung auf Sieg und auf Ausbungerung hegen, nämlich die Hoffnung, daß wir mit den Seuchen Rußlands und Frankreichs gesegnet würden, ebenso gescheitert wie ihre übrigen Hoffnungen. Vielleicht gibt die Regierung deswegen Auskunft, ob in Deutschland Seuchen aufgetreten sind, und mit welchem Erfolge sie bekämpft wurden. Der Krieg hat aber auch die große Notwendigkeit systematischer Bekämpfung von Infektionskrankheiten bewiesen, die allmählich ganz den Jahrsärzten übertragen werden sollte, wenn auch unter den Jahrsärztern gewiß tüchtige und einwandfreie Arbeiter vorhanden sind. Der Geburtenrückgang ist weder auf verminderte Volkskraft, noch auf geringere Gebärfähigkeit unserer Frauen zurückzuführen, zu seiner Bekämpfung sind aber die von der Kommission verlangten Verbote wenig geeignet. Das allerbeste Mittel ist kräftigster Mutter- und Säuglingschutz; er ist, nachdem wir ihn vergeblich in der Reichsversicherungsordnung festgelegt sehen wollten, plötzlich durch die Reichswochenhilfe geschaffen worden, sie muß uns auch im Frieden erhalten bleiben. Von höchster Wichtigkeit ist aber auch die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse; die Arbeiter müssen aber auch bessere Wohnungsverhältnisse bekommen. Hierfür hängt viel von der inneren Kolonisation ab. Die Zweifel an der Notwendigkeit des Impfwanges sind durch den Krieg ebenso zum Schweigen gebracht, wie er die glänzendste Rechtfertigung unserer Seuchengesetze und unserer Sozialversicherung gegeben hat. In der Zukunft werden die Ärzte und ihre Helfer viel mehr missprechen müssen im Interesse der Erhaltung und Stärke der Volkskraft. (Lebhafter Beifall links.)

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß: 1/2 Uhr.

Die Haushaltskommission

des preussischen Abgeordnetenhauses

erlebte Mittwoch den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Den Hauptgegenstand der Beratung bildeten die für die einzelnen Provinzen zu errichtenden Kriegshilfskassen für Gewerbebetreibende und Handwerker. Die Kriegshilfskassen fanden bei allen Kommissionsmitgliedern die lebhafteste Unterstützung. In der Rheinprovinz ist bereits eine solche Kasse errichtet. Die Kassen sollen schon während des Krieges gefördert werden und an Handwerker, deren wirtschaftliche Befähigung zur Fortführung ihres Betriebes geprüft wurde, Unterstüßungen in Höhe von 3000 M. gezahlt werden. Die Gelder dürfen nicht zu härteren Bedingungen ausgegeben werden, als sie die Provinzen selbst erhalten. Es sollen auch Privatangestellte und Angehörige der freien Berufsvereinigungen finden, wenn deren Einkommen 4000 M. vor dem Kriege nicht überstiegen hat. Ferner wurde über die Einführung einer deutschen Wode beraten. Es wurden die Schwierigkeiten einer solchen Einführung hervorgehoben; jedoch sollen noch weitere Verhandlungen mit der Textilindustrie stattfinden. Ueber den Fortbildungs-Schulunterricht erklärte der Minister auf eine sozialdemokratische Anfrage, daß der militärische Jugendunterricht lehrplanmäßig in die Fortbildungsschulen aufgenommen sei. Eine Versäumnis der militärischen Unterrichtsstunden werde als Schulverhältnis bestraft; so habe das Kammergericht bereits entschieden. Diese Einrichtung soll nur während der Kriegszeit bestehen. Ueber ihre weitere Fortführung während der Friedenszeit sollen neue Beschlüsse gefaßt werden.

Von polnischer Seite wurde über die besonderen Unterstüßungen für die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen Beschwerde geführt. Der polnische Vertreter erklärte, daß er die Einführung dieser Unterstüßung in den Etat als eine gegen die polnische Bevölkerung gerichtete Maßnahme ansehen müsse. Wenn während des Krieges, wo die polnische Bevölkerung ihre volle Schuldigkeit tue, mit solchen Maßnahmen gegen die Polen nicht aufgehört würde, seien sie gezwungen, trotz des Burgfriedens in aller Öffentlichkeit die Fortführung der Bedrückungspolitik der Polen zu erörtern. Den Schluß der Vorträge bildete die Aufforderung des sozialdemokratischen Vertreters an den Minister, das Arbeitsnachweiswesen zu fördern. Von national-liberaler Seite wurde dann noch verlangt, daß der Minister Maßnahmen treffe, damit die jetzigen hohen Löhne der jugendlichen Industriearbeiter an die Eltern oder Vormünder ausgezahlt würden.

Politische Uebersicht.

Die Wahlrechtsfrage vor dem Abgeordnetenhause.

Die am Donnerstag fortgesetzte Beratung des Ministeriums des Innern verlief in ihrem ersten Teil durchaus ruhig. Man sprach viel über die zunehmende Verwahrlosung der Jugend, über sittliche und unsittliche Theaterstücke, über Kinos, über die wachsende Belastung der Gemeinden und über manche andere Fragen, die mehr oder weniger mit dem Kriege in Zusammenhang stehen. Auch der Minister beteiligte sich an der Aussprache, er sollte der Tätigkeit der Gemeinden uneingeschränktes Lob, ohne daraus allerdings die Folgerung zu ziehen, daß ihr Selbstverwaltungsrecht erweitert werden muß, verdeidigte die Theaterzensur und eine Reihe von polizeilichen Verordnungen, die aus Anlaß des Kriegszustandes getroffen sind, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dem Reichstag bald ein Gesetz vorgelegt wird, das die Konzessionspflicht der Kinos bringt. Ueber die großen politischen Fragen, vor allem über die Wahlrechtsfrage, schwieg er sich ebenso aus wie über die so oft verheißene Neuorientierung der inneren Politik.

Auf diese Fragen einzugehen, war den Rednern vorbehalten, die im zweiten Teil der Sitzung zu Wort kamen. Nachdem zunächst Abg. Cassel die Notwendigkeit der Gleichberechtigung aller Staatsbürger betont hatte, trat Genosse Paul Hoffmann in einflussreicher Rede, in der er unsere gesamte innere Politik Revue passieren ließ, sehr warm für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen in Staat und Gemeinde ein. Die von ihm beigebrachten Argumente waren so wichtig, daß man eigentlich hätte glauben sollen, auch die Wahlrechtsgegner würden nicht leicht darüber hinweggehen. Aber weit gefehlt. Die Herren fühlten sich in der Position, die ihnen das Wahlsystem in Preußen bereitet hat, so sicher, daß sie selbst jetzt angesichts der Opfer, die das Volk im Kriege bringt und angesichts der Verheißungen

der Thronrede ganz offen ihrer Wahlrechtsfeindschaft Ausdruck verliehen. Die ungewöhnlich provokatorische Rede des Abg. Freiherrn v. Zedlitz sowie der demonstrative Beifall, den sie auf der Rechten fand, werden hoffentlich dem Volk die Augen öffnen und es über die Pläne der preussischen „Rechten“ unterrichten. Genosse Braun wollte ihm erwidern, aber die Mehrheit nahm schleunigst einen Schlußantrag an, und so werden denn die Zedlitzschen Behauptungen scheinbar unwiderrprochen durchs Land ziehen.

Man wandte sich dann zur Beratung des Kapitels Medizinallwesen, brach aber die Erörterung nach einer guten Rede des Abg. Dr. Rugdan (Sp.) über die sozialen Ursachen des Geburtenrückganges und die Mittel zu seiner Abhilfe ab, um sie am Freitag fortzusetzen.

Bundesratsbeschlüsse.

Amlich, Berlin, 24. Februar. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände, eine Aenderung der Verordnung über die Regelung der Preise für Gemüse und Obst vom 11. November 1915, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Leimleder, eine Ergänzung der Verordnung über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffelzuckererei vom 18. September 1915, eine Aenderung der Verordnung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffelzuckererei vom 18. September 1915, sowie der Entwurf einer Bekanntmachung über das Verbot einer besonderen Beschleunigung des Verkaufs von Strick-, Web- und Wirkwaren.

Leimleder als Kraftfuttermittel.

Amlich, Berlin, 24. Februar. (W. Z. V.) Der Bundesrat erteilte heute einer Verordnung seine Zustimmung, welche Bestimmungen über den Verkehr mit Leimleder trifft. Leimleder sind Abfälle, die bei der Verarbeitung der Rohhäute entstehen. Sie wurden bisher hauptsächlich aus Leim und Gelatine bearbeitet, gelegentlich auch bereits als Schweinefutter verwendet. Durch die Verordnung soll die Hauptmasse des Leimleders künftig für die Herstellung eines Kraftfuttermittels verfügbar gemacht werden. Es werden dadurch erhebliche Mengen eines hochwertigen Eiweißfuttermittels gewonnen werden, daneben nicht unbeträchtliche Mengen von Fett. Die Verordnung bestimmt, daß Leimleder künftig nur durch den Kriegsausschuß für Ersatzfutter abgesetzt und nach dessen Angaben verarbeitet werden darf. Zu diesem Zwecke wird zugunsten des Kriegsausschusses eine Anmelde- und Ueberlassungspflicht für die Inhaber von Leimleder festgesetzt. Dabei werden Anordnungen über die Preisermittlung und Preisfestsetzung getroffen. Die Bearbeitung des Leimleders auf andere Stoffe als Leim, Gelatine und Futtermittel wird gänzlich verboten. Die gewonnenen Futtermittel sollen nach den für die Kraftfuttermittel geltenden Grundregeln verteilt werden. Die Verordnung tritt am 28. dieses Monats in Kraft.

Das Zentrum gegen direkte Reichssteuern.

Im bayerischen Landtag hat das Zentrum einen kräftigen Vorstoß gegen direkte Reichssteuern unternommen. Es hat einen Antrag eingebracht, in welchem von der Regierung verlangt wird, daß sie mit allen Mitteln dahin wirken solle, daß bei der bevorstehenden Steuererhöhung jeder weitere Eingriff der Reichsregierung auf die Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen unterbleibe. Der Antrag wird damit begründet, daß es andernfalls den Bundesstaaten unmöglich wäre, auch in Zukunft ihre kulturellen Aufgaben zu erfüllen.

Immer wieder Zurückhaltung von Kartoffeln.

Der Landrat des Kreises Wohlau in Schlesien, Dr. v. Engelmann, steht sich gezwungen, gegen die Landwirte, die trotz aller Ermahnungen sich immer noch nicht entschließen können, ihre Kartoffelvorräte herauszugeben, folgende Zwangsmahnahmen anzudrohen:

„Der größte Teil der Landwirte unseres Kreises ist den an sie gestellten Anforderungen betr. Abgabe von Speisepotatoffeln bereitwilligst nachgekommen. Andere dagegen sind, trotzdem in einzelnen Teilen der Monarchie unserer Provinz die Kartoffelnot recht groß ist, ihrer gesetzlichen oder moralischen Verpflichtung in keiner Weise nachgekommen. Mir bleibt daher nichts anderes übrig, als sie in Zukunft bei der Verteilung von Futtermitteln so lange zu übergehen, bis sie ihre Schuldigkeit getan haben.“ Weiter macht der Landrat Dr. v. Engelmann auf die Folgen der Enteignung, mit der er bereits habe beginnen lassen, aufmerksam, wobei für den Zentner nur 2,75 M. gewährt werden, während die Kommissionäre 4,25 M. zahlen dürfen.

So begrüßenswert die angeordneten Vergeltungsmaßnahmen des Landrats von Wohlau auch sind — vorausgesetzt, daß sie auch durchgeführt werden — der allgemeinen Kartoffelnot kann nur die Verschlagnahme aller Vorräte ein Ende machen.

Kartoffelgeschäfte einer Landgenossenschaft.

Die Gemeinde Ottendorf-Orrilla bei Dresden hatte bei der Landgenossenschaft Breslau Anspruch auf Lieferung eines größeren Quantums von Speisepotatoffeln. Nach mehrmaligem Mahnen kamen statt 1400 Zentner nur 150 Zentner an. Als die Kartoffeln ausgeladen wurden, stellte sich heraus, daß sie selbst als Schweinefutter zu schlecht waren. Und dabei war der Preis mit 1,50 M. über den Höchstpreis angelegt. Der Gemeinderat hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Kartoffeln vorläufig nicht zu verkaufen, und die Behörden von der Sachlage in Kenntnis zu setzen.

Kartoffelnot und Fuselbrennerei.

Während in Breslau wie in anderen Groß- und Mittelstädten die Anfuhr von Kartoffeln seit Wochen stockt und ein gewisser Notstand herrscht, brennen die großlandwirtschaftlichen Schnapsbrennereien vor den Toren der Stadt weiter ihren Fusel aus der so begehrten Frucht. In einem Privatbriefe aus Oslag bei Wrieg schreibt eine Frau, die sich vergeblich um Kartoffeln bemüht: „In unserm Dorfe ist eine Spiritusbrennerei, die verbrennt die Kartoffeln von vier Dominien! Sollte man nicht die Einstellung dieser Betriebe durchsetzen können, solange an Kartoffeln als Nahrungsmittel Mangel ist?“

Ausfuhrverbot von Kaffee in Norwegen. Die norwegische Regierung hat ein Ausfuhrverbot von Kaffee und Kucheln erlassen.

Das Landthing hat die Vorlagen über eine Tonnagesteuer und eine Steuer auf stark vermehrte Einkommen angenommen, die schon im Odelsthing angenommen waren. Beide Gesetze sind darauf vom Staatsrat bestätigt worden.

Stadtverordnetenversammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Februar 1916, Nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michelet eröffnet die Sitzung. Hinsichtlich der Festlegung des Staatszuschusses zur Unterhaltung der städtischen höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie hat der eingesetzte Ausschuss an dem Vortragsentwurf mit dem Risiko eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Der Staatszuschuss soll mit 71 000 M. jährlich festgelegt werden (im Entwurf heißt es: bis zu 71 000 M.).

Der Bezirksratler Stadtd. Sonnenfeld (Linke) hebt hervor, daß auch 71 000 M. lange nicht die Hälfte des Kostenaufwandes für die Anstalt decken werden. Immerhin bestehe eine rechtliche Verpflichtung des Staates, einen Zuschuß zu leisten, überhaupt nicht. Die Bestimmung, daß dem Staate ein Einspruchsrecht gegen die Staatsaufstellung zustehen solle, habe der Ausschuss gestrichelt.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion gemäß dem Ausschussantrag.

In den Ausschuss von 15 Mitgliedern für die Vorlage wegen Vermietung des geplanten Kundgebäudes am Hegelplatz an die Jubiläumsgesellschaft für Erziehung und Unterricht werden auch Bruns, Ranasse, Rann, Mehle (Zog.) gewählt.

Der Magistrat hat die Einrichtung von zehn neuen Armenämtern vorgeschlagen. Es würden dann für den ganzen Stadtbezirk 14 Armenämter bestehen. Auch in der Organisation sollen zum Zwecke der Ersparrung von Beamten Änderungen erfolgen, über die schon berichtet worden ist.

Stadtd. Liebenow (Linke) beantragt namens seiner Fraktion Ausschussberatung. Es frage sich, ob der jetzige Zeitpunkt der geeignetste für die Durchführung der Organisation sei. Auch komme in Betracht, daß manche ehrenamtliche Funktionäre der Armenverwaltung in ihrem bisherigen Wirkungsbereich durch die neue Einrichtung beeinträchtigt würden.

Stadtd. Pinke (Zog.): Wir können diese Bedenken absolut nicht teilen. Von den bestehenden vier Armenämtern sind zwei schon 1897 errichtet. Ueber die Tätigkeit der vier Reuter herrsche nur eine Meinung: sie haben ganz vorzüglich verstanden, sich das Vertrauen sowohl der Hilfsbedürftigen wie auch der Armenkommissionsvorsitzer und der Armenpfleger zu erwerben. Daß Berlin nicht länger in Armenämtern aufgeteilt ist, lag daran, daß 1899 Stadtrat Tourbié vom Stadtrat Münsterberg abgelöst wurde, der mit großen neuen Plänen von Hamburg kam und das Heil nicht in Armenämtern, sondern in Armenkreisen sah. Von durchschlagendem Erfolge war aber nur der Beschwerausschuß, der 1899 ins Leben trat und 1902 den Armenkreisen zum Opfer fiel. In diesen aber brauchten die Beschwerden oft bis zu acht Wochen zur Erledigung, und die Gründe für die Schaffung eines Beschwerausschusses bestehen trotz der Armenkreise noch heute. Letztere haben versagt. Es ist auch keine einheitliche Behandlung der Gesuche erreicht worden; in der Höhe der Pflegegelder und Almosen sowie der Ertraunterstützungen bestehen noch heute bedeutende Unterschiede. Da wird die jetzt vorgeschlagene Dezentralisation von großem Nutzen sein. Das Armenamt ist den ganzen Tag geöffnet, was die rasche Erledigung der einzelnen Angelegenheiten verbürgt. Die Kosten für die sechs neuen Vorsteher mit 48 000 M. spielen keine Rolle. Einen Ausschuss könnten wir uns also erparen, doch haben wir nichts dagegen, weil eine große Fraktion ihn wünscht. Den Beschwerausschuß für jedes einzelne Amt hätte man schon jetzt in die Wege leiten sollen. Nach dem Kriege wird die Zahl der Hilfsbedürftigen außerordentlich answellen. Öffentlich kommt der Ausschuss zu einem einmütigen Botum für die Armenämter.

Nachdem Stadtd. Kriebe dem Magistratsvorschlag die Sympathie auch der freien Fraktion bekundet hat, geht die Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Zur Beschlußfassung steht sodann die Vorlage wegen Umwandlung der Direktion der Gaswerke und wegen Errichtung einer städtischen Behörde als Aufsichtsrat der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke Berlin.

Oberbürgermeister Wermuth: Die Vorlage verhält genau auf den noch am 16. Dezember d. J. von der ganzen Versammlung als maßgebend bezeichneten Grundrissen. Wenn der Magistrat sich bereit hat, diese Anschauung in die Tat umzusetzen, so trägt er damit dem Zwang der Lage voll Rechnung, jede mögliche Verbesserung und Erleichterung der Gasverwaltung muß ungehört eintreten. Von der Erhöhung der Kohlenpreise werden die Gaswerke am meisten und am meisten betroffen; ihre Finanzverhältnisse werden dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen, die vermehrte Verantwortung für die Kohlenkäufe erhöht unbedingt Einrichtungen, welche soviel wie möglich schlagfertig und den modernen Verhältnissen angepaßt sind. Der Magistrat hat der Sache jede Beschleunigung angedeihen lassen und bittet Sie, das gleiche zu tun. (Beifall.)

Stadtd. Jacobi (Linke) begrüßt die Vorlage und dankt dem Magistrat für ihre Beschleunigung. Die bisherige demokratische Art der Verwaltung müsse auch in den Gaswerken dem mehr laienmännlichen Geiste weichen; einheitliche Leitung und entsprechende Regelung der Kompetenzen sei notwendig. Eine Reihe von Einzelheiten und auch die Erörterung der Frage der Direktorengehälter mache Ausschussberatung nötig.

Stadtd. Mohr (Fr. Fr.) ist ebenfalls für die Vorlage und hat nichts gegen Ausschussberatung.

Stadtd. Weimann (Zog.): Die Einrichtung einer einheitlichen Spitze für beide städtischen Betriebe und die Umwandlung der Gaswerksverwaltung ist ein alter Wunsch meiner Freunde. Die jetzt für letztere vorgeschlagene Organisation deckt sich genau mit der allem Anschein nach schon recht gut bewährten der Elektrizitätswerke. Wir hätten also die Vorlage auch ohne Ausschuss angenommen, werden uns diesem Wunsche bei der großen Wichtigkeit der Sache nicht widersetzen, hoffen aber mit dem Oberbürgermeister, daß der Ausschuss recht schnell arbeiten möge.

Die Vorlage wird darauf einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Für eine Reihe von 16 Baulichkeiten, die auf den städtischen Wätern im Staatsjahre 1916 errichtet werden sollen, werden im ganzen 187 000 M. gefordert.

Stadtd. Sonnenfeld beantragt die mangelfahe Begründung einzelner Positionen und beantragt Ausschussberatung.

Stadtd. Dove tritt ihm namens der Minderheit der Linken entgegen und für sofortige Annahme ein.

Stadtd. Mann (Zog.) hält auch einen Ausschuss für überflüssig. Die Deputation habe in diesem Jahre ganz besonders gewissenhaft geprüft, äußerste Sparsamkeit walten lassen und nur das unumgänglich Erforderliche eingestellt. Die geforderte Summe sei eigentlich viel zu gering.

Stadtrat Franke gibt noch einige Erläuterungen.

Nach weiterer Debatte wird schließlich der Antrag Sonnenfeld gegen eine geringe Minderheit abgelehnt und der Antrag bewilligt.

Schluß gegen 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Erhöhung der Schweinefleischpreise!

Neue Fleischarten!

Die „Höchstpreise“ scheinen ihren Namen daher zu haben, daß sie nie die höchsten sind, sondern immer wieder neuen und noch höheren Platz machen, ohne daß durch dieses Entgegenkommen der Behörden größere Mengen der teurer gewordenen Produkte hervorgezaubert werden. So hat die neue Bundesratsverordnung vom 14. Februar 1916 über die Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch auch eine neue Festsetzung der Kleinhändlerhöchstpreise für Schweinefleisch erforderlich gemacht.

Für Berlin hat der Magistrat jetzt mit Zustimmung des Oberpräsidenten solche Kleinhändlerpreise festgesetzt. Wir müssen darauf, daß die Preise für Schlachtschweine jetzt a b S t a l l bezahlt werden, mußte eine Erhöhung der Kleinhändlerpreise eintreten. Die Bestimmungen der neuen Bundesratsverordnung haben es aber ermöglicht, diesmal für die verschiedenen Arten des Schweinefleisches verschiedene Preise festzusetzen, so daß für Wade, Bauch, Blatt, Schust und Luer-

rippe vom Rippespeer mit einer Erhöhung auf 1,50 M. und für Schinken mit Hinterbein auf 1,80 M. für das Pfund ausgekommen werden konnte. Für Rippespeer und Kamm sind 1,80 M., für Rückenfett und Linsen 1,90 M., für Schmelz und Fisel 2,40 M. als Höchstpreis für ein Pfund festgesetzt. Für Diebein vom Vorderbein darf höchstens 1,20 M., für Kopf ohne Wade 0,80 M., für Spitzbein 0,30 M. für das Pfund gefordert werden.

Neu und von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung in der vom Magistrat bekannt gegebenen Verordnung, daß zu Würst- und Dauerwaren nur bestimmte Teile des Schweines verarbeitet werden dürfen, nämlich nur die Backen, der halbe Bauch (hinterer Teil), ein Schinken, der Kopf und ein Drittel des Rückenfettes.

Die übrigen Teile des Schweines müssen bei gewerblichen Schlachtungen frisch verkauft werden.

Einige wenige Zeitungen konnten die neuen Höchstpreise ihren Lesern schon gestern morgen mitteilen. Wie wir durch Erkundigung erfahren, ist das Nachrichtenamt des Magistrats an der Indiskretion, die zu der Bevorzugung dieser Blätter führte, unbeteiligt.

Die neue Verordnung bringt übrigens eine vollständige Umwälzung aller Werte auf dem Schweinefleischmarkt mit sich. Daß man beispielsweise für die wertlose Wade einen nur wenig geringeren Preis zahlen darf als für den Schinken, ist nur deswegen tröstlich für den Käufer, weil er sie überhaupt nicht bekommen wird. Er darf sie vielmehr ebenso wie das Kopffleisch, zur Würst verarbeitet, zu einem noch höheren Preis als den Schinken bezahlen. Ob Rückenfett und Linsen nun austauschen werden, darauf darf man wohl neugierig sein.

Mit der Neuregelung der Preise erfolgt gleichzeitig eine Neuregelung des Verkaufes der städtischen Schweinefleischvorräte.

Ende dieser und Anfang nächster Woche werden neue Ausweisarten für den Einkauf von frischem Schweinefleisch, Schweinefett und Schmalz für die Zeit vom 1. März 1916 ab ausgegeben, und zwar wiederum durch die Brotkommission. Jede Brotkommission wird die Zeit der Ausgabe dieser Karten selbst regeln und durch Anschlag in ihren Geschäftsräumen bekannt geben. Die Ausweisarten für Schweinefleisch, Fett und Schmalz unterscheiden sich von den bisher ausgegebenen dadurch, daß es für den Monat März nur eine Ausweisart für den Bezug von Fleisch und Schmalz gibt. Diese neue Karte dient als Ausweis zum Bezuge von 2 Pfund Fleisch bzw. Fett oder Schmalz im Zeitraum von 2 Wochen, und zwar enthält sie 4 Abschnitte über je 1/2 Pfund, von denen 3 zum Einkauf von je 1/2 Pfund Fleisch und einer zum Ankauf von 1/2 Pfund Schmalz oder Rückenfett oder Linsen berechtigen. Die Ausgabe einer zweiten Karte für ein und denselben Haushalt kann dieses Mal nicht erfolgen. Es wird jedoch erwartet, daß auch tatsächlich nur diejenigen Haushaltungen, die durchaus nicht in der Lage sind anderweit Fleisch zu beziehen, die Ausständigung solcher Ausweisarten für den Bezug von Fleisch und Schmalz beantragen. Wohlbemittelte Personen werden bei der Verteilung der Karten nicht berücksichtigt.

Die Karten sind auf den Zeitraum vom 1. bis 26. März ausgestellt, also für zwei Perioden. Sie werden in zwei Farben — blau und gelb — ausgegeben, und zwar je in etwa gleicher Anzahl. Die blauen Karten sollen beim Einkauf am Montag und Mittwoch, die gelben Karten beim Einkauf am Donnerstag und Sonnabend zum Ausweis dienen. Diese Maßnahme ist getroffen, um nach Möglichkeit den Andrang zu den Verkaufsstellen zu vermindern.

Zu diesem gleichen Zwecke werden vom 1. März ab, zu dem diese Regelung in Kraft tritt, die Verkaufsstellen ganz erheblich vermehrt und ebenso die Verkaufszeiten, auch werden die Verkaufszeiten verlängert. Am Montag soll in den Ladengeschäften von 8 bis 8 Uhr, in den Markthallen von 5 bis 8 Uhr verkauft werden, und zwar sowohl Fett und Schmalz, als auch Fleisch. Am Mittwoch und Sonnabend soll in den Ladengeschäften, abgesehen von den Mittagsstunden, in denen üblicherweise in Berlin die Fleischläden geschlossen sind, den ganzen Tag über verkauft werden und ebenso in den Markthallen zu den dort üblichen Verkaufszeiten.

Die Reform der Berliner Armenverwaltung.

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern zu beschließen über den Magistratsantrag, der für die Armenverwaltung eine andere Organisation vorschlägt. Gegen den Plan, die Einrichtung von Armenämtern in dem ganzen Stadtgebiet durchzuführen und jedem Armenamt einen Beschwerdeausschuß beizugeben, wurde von keiner Seite eine ernsthafte Einwendung vorgebracht. Der freisinnige Liebenow hatte nur das Bedenken, daß diese Umgestaltung den in der Armenpflege bisher tätig gewesen Personen nicht so ganz gefallen würde. Es versteht sich wohl von selber, daß Rücksichten auf die Sache, nicht auf Personen ausschlaggebend sein müssen. Unser Genosse Linze hob anerkennend hervor, daß die wenigen Armenämter, die in Berlin schon bestehen, sich durchaus bewährt haben. Von der Durchführung dieser Organisationsform in ganz Berlin sei nur Gutes zu erwarten, vor allem auch für die Bedürftigen. Der Magistrat beantragt zunächst nur die grundsätzliche Zustimmung, die Ausführung des Planes soll noch hinausgeschoben werden. Linze riet, wenigstens die Beschwerdeausschüsse schon jetzt zu schaffen. Beschlossen wurde, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen.

„Grüße aus dem Felde“.

Ein raffiniertes Arroganzschwindler hat dieser Tage eine in der Sächsischen Straße in Wilmersdorf wohnende Frau eines in Frankreich lebenden Unteroffiziers empfindlich gekränkt. Am Dienstag erschien in der Wohnung einer Frau W. ein Unteroffizier mit dem Eisernen Kreuz geschmückt, der ihr Grüße ihres Gatten brachte. Er erzählte, daß der Kamerad gemeinschaftlich mit ihm aus Frankreich gekommen sei und zurzeit in Leipzig weile, um von da aus nach Serbien zu gehen. Er habe den Auftrag, Frau W. zu bitten, noch 100 M. zu geben, da er für den Kameraden einen Pelzmantel mitbringen müsse, den er hier in Berlin kaufen wolle. Durch das sichere Auftreten des Unteroffiziers, der jedenfalls Herr W. kennen muß, ließ sich die Frau dazu bewegen, einen Scheck über 100 M. auf die Commerz- und Disconto-Bank in Wilmersdorf in der Ullandsstraße zu geben. Eine Stunde später klingelte der Unteroffizier, der sich Vergnügen gemacht hatte, bei Frau W. an und teilte ihr mit, daß er soeben ein Telegramm aus Leipzig bekommen habe, worin der Vorgesetzte ihres Gatten gestattet habe, daß sie ihn in Leipzig besuchen dürfe. Beide fuhren auch mit dem nächsten Zuge dahin und begaben sich nach dem Café Felsche am Augustusplatz, wo sich auch der Ehemann einfanden sollte. Nach längerem Warten verließ Vergnügen das Café, angeblich um Herrn

W. zu suchen. Die Frau aber saß stundenlang im Caféhaus, bis ihr der Rat erteilt wurde, sich nach der dortigen Kommandantur zu begeben um Nachfrage nach dem Gatten zu halten. Hier erfuhr sie, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war, dem sie außer den abgeschwindelten 100 M. noch 80 M. Reisekosten vergütet hatte. Der Betrüger ist etwa 35 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat dunkles, kurzgeschorenes Haar, rundes, gelbliches Gesicht, ist bartlos und hat gutgepflegte Hände, spricht langsam, aber richtiges Deutsch mit österrösischem Dialekt. Außerdem spricht er fließend französisch und noch sieben lebende Sprachen. Als besonderes Kennzeichen wird angegeben, daß der Schwindler eine auffallend flache maitgoldene Uhr mit blauer Emailleverzierung auf dem Deckel besitzt. Er trägt feidgrauen Uniformmantel ohne Seitengewehr und Koppel, weiße Infanteriemütze, rotbraune wildlederne Handschuhe und ist mit dem Eisernen Kreuz geschmückt.

Einjam gestorben.

Auf der Treppe zur Brotkommission vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag die 77 Jahre alte Almosenempfängerin Witwe Anna Küffer, geborene Stürmer, aus der Proskauer Str. 24. Die Greisin hatte die Brotkommission aufgesucht, die ihre Räume im Schulhause in der Jellistroke 12 hat. Nachdem sie dort ihre Besorgungen erledigt hatte, wurde ihr auf der Treppe so unwohl, daß sie sich hinlegen mußte. Als eine Frau sie bald darauf hier aufsuchte, war sie schon tot. Ein Arzt, der gleich gerufen wurde, konnte ihr nicht mehr helfen. Die Todesursache konnte er nicht feststellen. Vermutlich ist es Altersschwäche oder ein Herzschlag.

Durch das Winkeln eines Hundes wurde gestern in dem Hause Buchholzer Straße 8 ein Todesfall entdeckt. Im dritten Stock des Seitenflügels wohnte seit längerer Zeit für sich allein eine 60 Jahre alte Witwe Anna Feid, geborene Albrecht, die sich durch Nahrungsmittel ernährte. Zu ihrem Schutze hielt sie sich einen Hund. Dieser winkelte gestern fortwährend so lässlich, daß man auf die Wohnung aufmerksam wurde. Jetzt erinnerte man sich auch, daß man die Frau seit Sonntag schon nicht mehr gesehen hatte. Die Verwalterin holte die Polizei und ließ öffnen. Da fand man die alte Frau vor ihrem Bette tot auf einem Stuhle sitzen. Der treue Hund saß winkend zu ihren Füßen. Die Verstorbene litt, wie festgestellt werden konnte, schon lange am Herzen und ist wahrscheinlich einem Herzschlage erlegen.

Dreihundert weibliche Postkassen.

Anfang Dezember v. J. wurden, wie bereits mitgeteilt, drei Duzend weibliche Postkassen versuchsweise in den Dienst eingestellt. Diese weiblichen Postkassen haben sich so gut bewährt, daß immer mehr Frauen angestellt wurden. Heute ist ihre Zahl bereits auf rund 300 angewachsen.

Zum Besten ihrer Kinderwanderungen veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ am Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses einen „Schubert-Abend“, wozu Freunde und Gönner der Jugend eingeladen sind.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich in Spandau. Auf dem dortigen Güterbahnhof waren mehrere Arbeiter mit dem Abladen eiserner Röhren beschäftigt, die zu Kanalisationszwecken benutzt werden sollen. Als ein etwa 20 Zentner wiegendes Rohr vom Wagen gerollt wurde, kam plötzlich ein 18jähriger Arbeiter zu Fall, geriet unter das Rohr und wurde von der schweren Last buchstäblich zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Aus den Gemeinden.

Sozialdemokratischer Stadtrat in Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch einmütig den Genossen Wilhelm Ahrens zum Stadtrat. Mit Ahrens, der seit 4 Jahren der Versammlung angehört und als langjähriger Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse über ein großes Maß von Verwaltungserfahrung verfügt, zieht der erste Sozialdemokrat in den Magistrat ein. Als Stadtverordneter hat Ahrens die Deputation für die Wohnungsfrage und der Deputation für die Verwaltung der Straßenhäuser angehört.

Die Tagesordnung wurde in ungewöhnlich kurzer Zeit erledigt. Nach Einführung des neu gewählten Stadtrats Dr. Fischer bewilligte die Versammlung die vom Magistrat geforderten 652 800 M. zur Beschaffung der im Rechnungsjahre 1915 für die Gaszerzeugung erforderlichen Kohlen aus laufenden Mitteln der Gaswerke nach. Diese Etatsüberschreitung ist hervorgerufen durch die infolge des Krieges eingetretene Verteuerung der Kohlenpreise. Einige andere Vorlagen, die des allgemeinen Interesses entbehren, wurden gleichfalls debattelos bewilligt. Die Vorlage betreffend ärztliche Behandlung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern wurde einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen. Seit dem 1. September 1915 werden in Charlottenburg die erkrankten Angehörigen von Kriegsteilnehmern anstatt durch die Stadtdärzte durch vertraglich verpflichtete Ärzte behandelt. Das Abkommen mit den Ärzten gilt vorläufig bis 29. Februar, es hat sich bewährt und der Magistrat beantragt deshalb seine Verlängerung. Die Kosten für die Behandlung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern, die ursprünglich auf 25 000 M. für das erste Vierteljahr geschätzt waren, sind um 7000 M. überschritten worden, einerseits weil die Zahl der beteiligten Familien gestiegen ist, andererseits, weil epidemische Kinderkrankheiten sehr häufig waren. Selbst wenn die Erkrankungen abnehmen, wird doch nach Ansicht des Magistrats mit einer Ausgabe von monatlich 10 000 M. zu rechnen sein.

Lebensmittelfürsorge in Neukölln.

Die Lebensmittellieferanten erklärte sich damit einverstanden, daß in Zukunft das städtische Holz auch an Privatpersonen zum Preise von 12 M. je Raummeter verkauft wird und genehmigt ferner, daß die Abgabe von Kartoffeln auch an die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung für ihre hiesigen Geschäfte unter den üblichen Bedingungen für einen Preis von 3,45 M. je Zentner erfolgt. Die Kommission beschließt ferner, die für den bevorstehenden Verkauf der der Stadt von der Zentral-Einkaufsgesellschaft überwiesenen Mengen von Reis und Hälftenfrüchten zu treffenden Bestimmungen diesmal in die Form einer Anordnung auf Grund des § 12 der Bundesratsverordnung über die Versorgungsregelung vom 4. November zu fassen und Zwischendhandlungen gegen dieselbe unter Strafe zu stellen. Mit Rücksicht auf die wiederholten Anträge, Kranke besondere Reismengen zu überweisen, erklärt sich die Kommission damit einverstanden, daß von jetzt an Reis in kleinen Mengen jeberzeit an Kranke verkauft werden kann, sobald ein entsprechender Antrag im Rathaus, Zimmer 140, unter Vorlage des Krankenbezugs- und Medizinischen gestellt wird. Die Preisprüfungsstelle nimmt Kenntnis von den von der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin festgesetzten Richtpreisen für ausländisches Schweinefett.

Schwimmfest in Neukölln.

Im Stadtbad Neukölln findet am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, ein von der Deputation für das Turn- und Badewesen veranstaltetes Schwimmfest, verbunden mit Wettläufen, Laufen und Springen statt. Sämtliche Schwimmvorführungen werden von Damenabteilungen verschiedener Neuköllner Sportvereine ausgeführt. Eintrittskarten zu dieser Veranstaltung sind schon jetzt an der Kasse des Stadtbades und am Sonntag von 2 1/2 Uhr ab zum Preise von 10 Pf. erhältlich.

Die Verteuerung auswärtiger Großbetriebe in Steglitz.

Vor dem Potsdamer Bezirksauschuß wurde über die Verteuerung der Westlichen Berliner Vorortbahn-Aktiengesellschaft zur Gemeindegewerbesteuer für das Jahr 1916 verhandelt und in der

Hauptfrage wurde die Frage erörtert, ob es unzulässig sei, eine bestimmte Steuerart einzuführen, um lediglich einige Großbetriebe, die ihren Geschäftssitz in Berlin haben, durch sie zu Steuerlasten heranzuziehen. Bereits früher war die Westliche Berliner Vorortbahn zur Gemeindegewerbesteuer veranlagt worden, erzielte aber auf ihre Klage Freistellung von der Steuer, weil die damalige Fassung der Gemeindesteuerordnung in Steglitz für unzulässig erklärt wurde. Daraufhin wurde der § 3, der die Veranlagung von Zweigbetrieben regelt, durch einen Nachtrag ergänzt und nach der neuen Fassung erfolgte die Veranlagung der Klägerin zu 1135,85 M. Schon der Kreisauschuß hatte die Klage zurückgewiesen, in der die Klägerin eine Ermäßigung auf 1049,40 M. beantragte. Der Vertreter der Klägerin behauptete, der Steuerantrag sei nur beschlössen worden, um die Teltower Kreisbahnen, die Charlottenburger Wasserwerke, die Berliner Elektrizitätswerke und die Klägerin selbst zu treffen und eine Steuer, die nur für einen bestimmten Kreis zurechtgemacht sei, sei ungesetzlich und die Steuerordnung daher ungültig. Der Bezirksauschuß erklärte unter Zurückweisung der Berufung die Steuerordnung für gültig, weil sie nach den objektiven Merkmalen aufgestellt sei und es nicht darauf ankomme, ob sie auf einen großen oder kleinen Kreis von Steuerträgern Anwendung finde.

Gerichtszeitung.

Fingierte Militäraufträge.

In recht verschlagener Weise hat der Kaufmann Oskar Böhm, der gestern unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Riedel stand, seine Straftaten verübt.

Der Angeklagte war von dem Inhaber eines Pelzkonfektionsgeschäfts Herrn Ehlers als Reisender angestellt worden und hatte den Auftrag, mit den Bekleidungsämtern zwecks Erlangung von Aufträgen zu Geschäftsbesprechungen in Belgien, insbesondere in Belgien, in Verhandlung zu treten. Er hat mehrere Reisen nach den verschiedenen Bekleidungsämtern unternommen und seine Tätigkeit hatte anscheinend großen Erfolg, während er in Wahrheit keinen Auftrag erhalten hat. Er schrieb auswärts an seinen Chef, daß er unterwegs einen Reisenden kennengelernt habe, der sich bereit erklärt habe, an der Hand sehr guter Beziehungen die Übertragung von Aufträgen der Bekleidungsämter mit Erfolg vermitteln zu können, dafür aber für jeden Auftrag für sich eine entsprechende Provision beanspruche. Nach Erledigung dieses Punktes häuften sich die angeblichen Aufträge, die zunächst telegraphisch oder telephonisch Herrn E. übermittelte wurden, nachdem diesem sein Ersuchen, die Gelder für die Provision des Vermittlers und Reisegebel und Spesen für den Angeklagten einzuführen, erfüllt worden war. Nun ging es mit den Aufträgen Schlag auf Schlag. Das Bekleidungsamt Coblenz bestellte angeblich 1500 Belgjoppen, Düsseldorf 5000 Belgjoppen und 1000 Paar Belgjoden, Cassel 5000 Belgjoppen und 10 000 Belgjoden, Hannover 10 000 Belgjoppen und 15 000 Belgjoden. Der so eminent erfolgreiche Reisende brachte Herrn E. auch die schriftlichen Bestellscheine der einzelnen Ämter von seinen Reisen mit nach Hause. Er hatte diese alle selbst angefertigt und ihrem Inhalt nach so ausgestaltet, daß die Vermutung einer Fälschung nicht aufkam. Herr E. pflegte seinen Auftraggebern die üblichen Besätigungscheine eingereicht zu gehen zu lassen. Wären diese Besätigungscheine in die Hände der Bekleidungsämter gelangt, so wäre der Angeklagte sofort entlarvt worden. Er erjann aber Mittel und Wege, dies zu verhindern. Die ersten vier Besätigungscheine wurden von ihm selbst geschrieben und in Berlin zur Post gebracht. Kurz vor der Absendung aber nahm er die Briefe aus den Umschlägen heraus, verpackte nur die leeren Umschläge an die Ämter und brachte seinem Chef die von der Post ausgestellten Aufgabebescheine zurück. Die vier herausgenommenen Besätigungscheine hat er vernichtet. Bei zwei anderen Besätigungscheinen, die wirklich abgehandelt wurden, wußte er einen anderen Ausweg: er schickte unter dem Namen seines Chefs ein Telegramm an die Bekleidungsämter mit der Mitteilung, daß das ihnen zugesandte Besätigungscheine auf einem Irrtum beruhe und nach Breslau in ein bezeichnetes Hotel zurückgeschickt werden möge, wo sich angeblich Herr E. zu einer bestimmt bezeichneten Zeit aufhalten werde. Der Angeklagte ist dann auch zu dieser Zeit in Breslau gewesen und hat unter dem Namen seines Chefs die zurückkommenden Briefe in Empfang genommen. Die ganze Sache kam infolge einer Anzeige eines der Ämter ins Rollen und zur Entdeckung. Der durch den Angeklagten seinem Chef zugesandte Schaden beziffert sich auf 9400 Mark. — Die Geschworenen nahmen schwere Urkundenfälschung an und verurteilten bezüglich dieser mildernde Umstände. Der Angeklagte wurde zu fünf Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe eventuell noch 4 Tagen Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt. Fünf Monate wurden als verbüßt angerechnet.

Aus aller Welt.

Die Unerfättlichen.

Die neue Getreidebestandsaufnahme für das Fürstentum Lippe hat ergeben, daß im November vorigen Jahres 200 000 Zentner Getreide zu wenig angegeben worden waren. Das macht fast 25 Proz. der Brotgetreideernte dieses Bezirks aus. Der ostpreussischen Zeitung „Der Geselle“ wird aus Samter (Provinz Posen) berichtet: Auf eine Anzeige eines hiesigen Fleischlehrers veranstaltete der Kommunalverband Samter bei den hiesigen Fleischern eine Hausung nach zurückgehaltene geräucherter Speck. Das Ergebnis dieser Hausung war überraschend, es wurden nach oberflächlicher Schätzung einige hundert Zentner geräucherter Speck gefunden und mit Beschlag belegt.

Vor dem Schöffengericht in Breußen hatte sich ein Kaufmann aus Grohenehrich (Schwarzburg-Sondershausen) unter der Beschuldigung, Petroleum verkauft zu haben, das mit Wasser vermischt war, zu verantworten. Der Angeklagte wurde der ihm zur Last gelegten Handlung in sieben Fällen schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt.

Neue Lawinenunfälle. Schweizer Blätter melden, daß oberhalb des Dorfes Zuoz drei Touristen, und zwar der Bergführer Perret, ein Berner und ein Deutsch-Amerikaner, von einer Lawine verschüttet und getötet wurden. Beim Dorfe Salan im Wallis fanden zwei junge Leute auf dieselbe Weise den Tod. Im Ostschental bei Goppenstein gingen ebenfalls gewaltige Staublawinen nieder.

Die Bergungsarbeiten für die bei der Lawinenkatastrophe im Hochkönigsgebiet verunglückten und noch nicht geborgenen Personen mußte wegen der überaus ungünstigen Witterungsverhältnisse eingestellt werden. Bis auf zehn Mann, die noch vermisst werden, sind alle geborgen. Die genaue Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt, doch dürfte die bisher angegebene Zahl wesentlich überschritten werden.

Durch heiße Dämpfe verbrüht. In der Zentrale des Märkischen Elektrizitätswerks in Hege mühle brach am Mittwoch ein Dampfrohr. Durch die austretenden heißen Dämpfe wurde der Hilfsarbeiter Gustav Schönfeld so schwer verbrüht, daß er auf der Stelle starb. Der Arbeiter Daderl erlitt schwere Brandwunden und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Grubenunglück. In einem Bergwerk in Hausham (Oberbayern) wollten der 18 Jahre alte Anschläger A. Meißner und der 17 Jahre alte Huntehieber Johann Schön in einem Brennschacht den abgerissenen Glodenzug wieder verbinden. Während die

Seiden im Schachte waren, wurde unerklärlicherweise mit der Förderung begonnen. Die Seiden wurden von Förderriggen erfaßt und so schwer verlegt, daß Reister bereits gestorben ist.

Trinkwasser in Prag. Infolge eines Bruches der Druckrohrleitung des Prager Wasserwerkes ist die Prager Trinkwasserleitung seit Dienstag mitunterbrochen. Die Wasserleitung ist so groß, daß auch industrielle Betriebe und Vergnügungslöcher gesperrt werden. An der Behebung des Schadens wird Tag und Nacht gearbeitet. Auch Militär nimmt an den Arbeiten teil.

Hoher Schneefall im Riesengebirge. Während der letzten Tage hat es im Riesengebirge ununterbrochen stark geschneit. Wie die „Schles. Ztg.“ meldet, beträgt bei der Kirche Wang die Schneehöhe jetzt etwa 90 bis 100 Zentimeter, auf dem Kamm beträgt jetzt die gesamte Schneehöhe etwa 150 Zentimeter.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 463 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Gouvernement Libau.
- Infanterie usw.: Garde: 1., 3. und 4. Garde-Reg. z. F.; 6. und 7. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Elisabeth und Augusta; Garde-Res.-Jäger-Bataillon. Grenadier-, Infanterie- oder Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 7, 8, 9, 11, 20 (f. Res.-Inf.-Reg. Nr. 24), 22, 26 bis einschl. 30, 39, 41, 43, 45, 46, 49, 51 (f. auch Gouv. Libau), 52, 53, 54, 56 (f. auch Res.-Inf.-Reg. Nr. 56), 57, 59, 61, 63 (f. auch Gren.-Reg. Nr. 11 und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 51), 66 bis einschl. 71, 73, 99, 109, 110, 111, 113, 115, 116, 141 bis einschl. 149, 152, 153, 156, 157, 160, 162, 163, 165, 166, 168 bis einschl. 174, 176, 184, 187, 188, 189, 193. Res.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 5, 18, 22 bis einschl. 25, 27 bis einschl. 30, 35, 38, 48, 51, 55, 56, 60, 61, 64, 66 bis einschl. 69, 71, 99, 109, 110, 111, 116, 203, 206 bis einschl. 210, 216, 221, 223, 226, 227, 228, 231, 232, 235, 239, 249, 250, 252, 255 bis einschl. 258, 263, 264, 265. Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 28 und 29. Ref.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 22, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 35, 37, 39, 51, 55, 57, 60, 61, 66, 87 (f. Res.-Inf.-Reg. Nr. 30), 99, 109, 116. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 7, 23, 109. Brigade-Erf.-Bataillone Nr. 55, 58, 82, 84 (lehre drei f. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 29). Landw.-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 88. Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Allenstein, 2. Weichen in O.-Schl., 1. Ebn, 2. Cottbus, 3. Freiburg i. Baden (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109), 2. Hogenau, Jülich, 1. Meh. Pforzheim, 2. Namitzsch. Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone: 2. Königsberg i. Pr., 8. des 7. Armeekorps (Münster), 5. Saarbrücken, 9. des 4. Armeekorps (Wittenberg). 2. Landst.-Inf.-Ausbildungs-Bataillon des 4. Armeekorps (Altengrabow). Jäger-Reg. Nr. 3. Bataillon Nr. 8; Ref.-Bataillone Nr. 3, 6, 7, 14, 17, 20, 22.

2. und 3. Schneeschuh-Bataillon (f. Jäger-Reg. Nr. 3). Feld-Maschinengewehr Nr. 78 (f. Inf.-Reg. Nr. 56). Festungs-Maschinengewehr-Trupp Nr. 41 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 30). Unteroffizierschule in Jülich (f. Res.-Inf.-Reg. Nr. 25).

Feldartillerie: Reg. Nr. 36 (f. Feldfliegertruppe). Fußartillerie: Regiment Nr. 1 und 15. Batterien Nr. 817, 387, 585.

Pioniere: Garde-Bataillon (f. Pionier-Reg. Nr. 81), I. und III. Garde-Bataillon. Regimenter Nr. 18, 19, 23, 29, 31. Bataillone: I. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 3, I. Nr. 4, I. Nr. 7, I. und II. Nr. 9, I. und II. Nr. 11, I. Nr. 14, I. Nr. 15, I. Nr. 17; Erf.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 5, 17 (f. auch Scheinwerfer-Erf.-Batt.). Pionier-Kompagnien Nr. 185, 246, 308; Ref.-Komp. Nr. 85; 2. Landw.-Komp. des 10. Armeekorps; 2. Landst.-Komp. des 14. Armeekorps. Scheinwerfer-Erf.-Bataillon. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 7, 20, 52, 212, 246, 308.

Verfehrstruppen: Eisenbahn-Reg. Nr. 8. Feldfliegertruppe. Train: Feldbäckereikolonnen Nr. 2 des 8. Armeekorps. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnien Nr. 1 des 2. und Nr. 2 des 10. Armeekorps; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 28. Ausrüstungs-Bataillone Nr. 9, 12, 72, 91, 101, 104, 105. Abteilung für Wasser- und Wasserverföhrung des 3. Armeekorps. Kriegsbefehlsamt des 10. Armeekorps. Feldpost.

Die Liste Nr. 7 der aus Frankreich zurückgekehrten preussischen Austauschgefangenen wird veröffentlicht.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Heute Durschenabend im Jugendheim, Rosinenkrüze 4, Beginn 8 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist heute das 22. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Franz Wehring. Zu seinem sechzigsten Geburtstag. Von Ed. Bernheim. — Der rote Faden der preussischen Geschichte. Von S. Wehring. (Fortsetzung.) — Theorie und Praxis. Von Gustav Uffner. (Fortsetzung.) — Vom Wirtschaftsmarkt. Englands Handelsentwicklung seit Kriegsbeginn. Von Heinrich Gumbel. — Literarische Rundschau: Karl Fressberger, Ingenieur, Das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschafts- und Zollbündnis. Von H. Hofrichter. Leonhard Frank, Die Ursache. Von Rabja Straffer. — Notizen: Julie Romm 7.

Die Kriegskisten und ihre Bedienung. Von G. Gotheim. 24 S. Liebselt u. Zieles, Berlin, Wiedemannstr. 15.

Die Drehtastoffel. Von G. U. Koehlmann. 22 S. Selbstverlag des Verfassers in Dömarleben bei Gölten.

Unser Kaiser und der Krieg. Von P. Böller. Groß. 90 Pf. R. Herrschel Verlag, Wittenberg.

Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin und Umgegend. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr. Plüschtour sämtlicher Fahrer zu Stein, An der Stolauer Brücke 3. — Sonntag, den 27. Februar, sämtliche Abteilungen nach Charlottenburg zur händigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt (Arbeitsstätten für Kriegsbeschädigte), Krausbofstraße. Start 12 Uhr an den bekannten Stellen. Bei schlechtem Wetter per Bahn bis Am Rie. Treffpunkt 12 1/2 Uhr vor der Ausstellung. Abends im Volkshaus in der Rosinenkrüze.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, Doctere, am Montag bis Freitag von 6 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsurteilung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Beltingborg 37. Adresse lautet: Landratsamt des Kreises Ostroto (Broning Kosen). — **M. G. 58.** Die Verlobung ist zwar mit der Schenkung nicht auf, aber wenn das Kind aus dem Erbteil in Stellung geht, wird sich das von selbst erledigen. — **M. T. 40.** Die Gemeindeführer muß bezahlt werden. — **Winkelmann 8.** Wir würden Ihnen empfehlen, ein solches Gehalt einzureichen, und zwar an den Regimentskommandeur. — **Sternklar 36.** Der Erteilung der Konzession wird jetzt nicht mehr im Wege stehen. Wenn Sie nicht freifahrt gehabt haben, so verlangen Sie das Rechtsgeld von der Firma. — **M. P. 7.** 1. Das müssen Sie durch einen notariellen Vertrag festlegen. 2. Nein. — **M. R. 1.** Eine solche Verbindung ist nicht empfehlenswert, aber erlaubt. — **Berda 1313.** 1. Dieses Testament ist rechtmäßig, weil es der gefällig vorgeschriebenen Form entspricht; nicht deshalb, weil es nicht vom Notar abgeschlossen ist. 2. Die Mutter hat kein Erbrecht an den Wirtschaftsgegenständen, nur am baren Gelde. — **G. S. 7.** Da der Wirt zur Ablieferung der Läden verpflichtet ist, läßt sich dagegen nicht unternehmen. Der Wirt ist aber zur Beschaffung von Ersatzläden verpflichtet. — **M. 10.** a) Circa 70 Mark. b) und c) Nein. d) Das Vermögen hat auf die Rente keinen Einfluß. e) Werden Sie sich wegen Vermeidung der Unternehmung mit einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten. — **S. 29.** Der Unternehmer ist zur Gehaltszahlung trotzdem verpflichtet. — **H. Sch. 1896.** Der Antrag auf Lösung für den Gehaltungen ist nicht beim Polizeirevier einzureichen, sondern beim Ersatzbataillon desjenigen Regiments, zu dem der betreffende eingezogen wurde. — **G. 1. Ja.**

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräften bleiben, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Freieremplaren sofort ihre genaue Adresse (Wohnung, Postamt usw.) einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Aufruf!

Der Tischler Gustav Karl Franz Wachsuth aus Neuenhagen, der im Jahre 1907 zu Neutal, Köttbner Damm Nr. 100 gewohnt hat, ist der alleinige Erbe der in Stolp verstorbenen, vermittelten Witwe Karoline Stolp geborenen Wachsuth geworden.

Ich ersuche den Tischler Wachsuth, mir schleunigst seine Adresse mitzuteilen. Sollte ein Leser dieser Zeitung Kenntnis von dem Aufenthaltsort des obengenannten Wachsuth haben, so bitte ich, ihn mir mitzuteilen. Auslagen werden erstatet.

Stolp i. Pom., den 18. Februar 1910. Der Nachlasspfleger **Schüler**, Rechtsanwalt und Notar.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Buchhandlung Vornbach.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
14. Abt., Bez. 689a.
Am Dienstag, den 22. Februar, verstarb unser Genosse, der Schmitz **Ferdinand Woike**
Rostocker Str. 6.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Montag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
225/22
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer **August Nörenberg**
von der Firma Automobil-Vertriebsgesellschaft, Jennstr. 81, am 19. Februar im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
62/5
Die Bezirksverwaltung.

Am Dienstag, 22. Februar, entfiel sanft nach langem, schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, der Tischler **Julius Ostermann**
im 63. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz
Marie Ostermann,
geb. Binder,
Berlin, Warshauer Str. 6.
Die Abschiedsfeier findet am Sonntag, 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Treptow-Baumhulweg, Riechholzstraße, statt.
Kranzpenden dankend verbeten.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen **August Kloock**
(kurzzeitlich) vom Gaswerk Uchtenberg.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Freitag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof in der Hohenheide.
Um rege Beteiligung bei der Bestattung der Kollegen ersucht
82/10
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
Bezirk Reinickendorf-Ost.
Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb im Lazarett unser Genosse, der Bergolder **Paul Althaus.**
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes in Berlin, Köttbnerstr. 32, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
243/11
Der Vorstand.

Verein der für Feuer-Freidenkerbestattung zu Berlin.
Am 22. d. M. verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied, Herr **Gustav Kirchner**
Geb. 5/57, geb. 25. Juni 1863.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonntag, den 26. d. M., mittags 12 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Ferner ist auf dem Schlachtfelde gefallen unser Mitglied, Herr **Max Schwarz**
Wohlfühlere
Reuthestr. 10.
Ehre seinem Andenken!

BOSNIA CIGARETTEN
LINDENSTADT
Etwas ganz Besonderes für 5 Pfg.
ZLATA BOSNIA
25 CIGARETTEN GOLD

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Am Mittwoch, den 23. Februar, mittags 1 1/2 Uhr, starb unsere liebe Genossin **Margarete Michlenz**
an Lungenerkrankung.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
12/7
Die Bezirksleitung.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a
Trotz des Krieges liefert
Wohnz. 134-196, 203-50, 255-75, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer . . . 242, 322, 360, 429, 495, 553
Speisezimmer . . . 323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer . . . 205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen 37, 25, 47, 60, 79, 94, 105, 121, 138, 193
Einrichtungen bis 10 000 M.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko!

Allen Bekannten auf diesem Wege zur Nachricht, daß am 22. Februar mein lieber Vater, Schwieger- und Großvater **Wilhelm Plew**
sanft entlassen ist. 3036
Im Namen der Hinterbliebenen **Auguste Kramnow**
als Tochter.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Berlin, Köttbnerstr. 32, aus statt.

Männerchor „Lerche-Einigkeit“ Berlin.
Am 27. September 1914 starb auf dem Felde der Ehre den Heldentod unser lieber Sangesbruder **Ernst Schumann.**
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
H. K.
57/11
Der Vorstand.

Haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützsohlen sowie Bruchbindungen aller Art, Leisten, Stützsohlen usw., Mittel zur Wundheilung u. Krankepflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt.
Prinzenstr. 64
Potsdamer Str. 117
Aufklärende
f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.
Institute:
zwischen Dresden- und Annonenstr.
Sprecht. 5-7, Sonntags 10-11.
a. d. Lützowstr., Sprecht. 1/2, 11-2 u. 1/2-3/2, 10 U. abds., Sonnt. 11-1.
48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.



Stets zuverlässig
als altbewährtes Hausmittel bei Husten und Heiserkeit sind die seit 70 Jahren eingeführten **Wibergs TABLETTEN**
Sie sollten immer in der Hausapotheke sein, um sie bei Erkältungen in der Familie zur Hand zu haben.
Wiberg-Tabletten schützen sicher vor den oft ernstlichen Folgen eines Hustens oder Keuchhustens.
Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.-.
Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Wiberg“.

Arterien-Verkalkung, Acicht, Gallen-Blasen und Nierenstein
Behandelt mit aussergewöhnlichen Erfolgen: Lucius Schindler, Berlin SW, Köttbnerstr. 80, Fernspr. Köttbner 5073. Die Institut vorst. Leihung, Sprechst. des Instituts 11-1 Uhr. Erfolgreichster Vergleichspreis, verlangen Sie Broschüre und Zugabe.